

Mübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

„Mübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

120.

Dienstag, den 26. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Besoldungsreform und Sozialdemokratie.

Die liberale und konservative Presse macht große Anstrengungen zur Rechtfertigung des Unfalles ihrer Aktionen bei der Besoldungsvorlage. Sie muß zwar zugeben, daß der Widerstand der Regierung sich durch nichts rechtfertigen läßt, fällt aber trotzdem über die Sozialdemokratie her, weil sie auf Geheiß der Regierung nicht gleichfalls eingeschwenkt ist. Dabei geht es ohne jede schmeichele Entstellung des Sachverhalts nicht ab.

Daß bei der Entscheidung über die Besoldungsnovelle die Verhältnisse der Unterbeamten der Reichseisenbahn sehr ins Gewicht fielen, wird absichtlich verschwiegen. Nach der Regierungsvorlage sollten diese 7000 bis 8000 Unterbeamten keine Einkommensverbesserung erhalten, obwohl sich darunter mehrere Beamtengruppen befinden, die in der untersten Gehaltsklasse (1100 bis 1300 Mark) der Besoldungsordnung stehen. Erst nach vieler Mühe ist es unseren Genossen in der Kommission gelungen, auch für die Unterbeamten der Reichseisenbahn eine Einkommensverbesserung von 100 Mark durchzusetzen. In zweiter Lesung hat der Reichstag dem einstimmig zugestimmt. Nach dem Kompromißantrag der Liberalen und Konservativen, der die Wiederherstellung des § 5 der Regierungsvorlage verlangte, wäre diese Besserstellung wieder beseitigt worden! Dagegen wäre durch das Kompromiß das Gehalt der Deckoffiziere von 2100 bis 2580 Mark auf 2100 bis 3000 Mark erhöht worden. Eine große Gruppe elder bezahlter Unterbeamten sollte also leer ausgehen, während die Deckoffiziere eine erhebliche Gehaltsaufbesserung erhielten!

Ein Zurückweichen des Reichstags in diesem Punkte hätte aber auch auf die preussische Besoldungsreform schlimme Rückwirkungen gehabt. Denn dort handelt es sich in der Hauptsache um die Besserstellung der gering besoldeten unter Eisenbahnbeamten.

Die im Kompromißantrage verlangte völlige Wiederherstellung der Regierungsvorlage hätte aber auch die beschlossene Besserstellung der gehobenen Unterbeamten rückgängig gemacht. Hier handelt es sich um etwa 20 000 Unterbeamte, und zwar um die einzige Beförderungsklasse der Unterbeamten, so daß an dieser Frage alle Unterbeamten in hohem Maße interessiert sind.

Der Reichstag hatte schon 1911 und 1912 in Resolutionen eine Besserstellung dieser Beamtengruppe verlangt. Dies Verlangen ist in der Regierungsvorlage einfach ignoriert worden. Die bürgerlichen Parteien hatten sich zunächst auf ein Anfangsgehalt von 1600 Mk. und ein Höchstgehalt von 2200 Mk. nach 12 Jahren geeinigt. Aber noch vor Beginn der Kommissionsverhandlungen gingen sie zurück; beantragt wurden dann nur 1500 Mk., steigend in 15 Jahren auf 2200 Mk. Da es sich um eine jährliche Besserstellung von etwa 140 Mk. handelte, so stimmten unsere Parteigenossen in der Kommission schließlich zu.

Die Notwendigkeit der Besserstellung dieser Beamten hat die Regierung zugegeben; den Zeitpunkt und das Maß der Besserstellung wollte sie aber selbst bestimmen! Eine sachliche Begründung für dieses Verlangen ist nicht gegeben worden. Vor dem bürokratischen Starrsinn sollte sich der Reichstag beugen. Noch in der zweiten Lesung bäumten sich die Fortschrittler und sogar die Nationalliberalen gegen diese Zumutung auf. Plötzlich schwenkten sie mit den Konservativen zusammen und gaben der Regierung nach. Was gewährte denn der Kompromißantrag den Beamten? Den gehobenen Unterbeamten wurde eine Besserstellung von 100 Mk. in Aussicht gestellt, aber auch erst vom Jahre 1916 ab. Eine Garantie, daß die Besserstellung auch tatsächlich eintreten werde, war nicht gegeben. Nach dem ganzen Verhalten der Regierung in der letzten Session hatte der Reichstag allen Anlaß, den Versprechungen der Regierung gegenüber vorsichtig zu sein. Mit ihrem Unannehmbar kann die Regierung jeden Gesellentwurf zum Scheitern bringen. Das Zentrum hatte deshalb verlangt, dem Kompromißantrag folgenden Satz hinzuzufügen:

„Findet der vorgelegte Gesellentwurf bis 1. Januar 1916 nicht die Zustimmung von Bundesrat und Reichstag, so erhalten die Beamten der Klasse II a, Ziffer 3 (gehobene Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung) mit Wirkung vom 1. Januar 1916 eine pensionsfähige Zulage von 100 Mk.“

Aber selbst diesen Versuch, das Versprochene im Gesetz festzulegen, beantwortete die Regierung damit, daß sie mit dem Scheitern der ganzen Vorlage drohte!

Der Reichstag sollte also nicht nur erheblich zurückweichen hinter seine Forderungen, die selbst der national-

liberale Führer Bassermann als das „aller notwendigste“ bezeichnet hatte, er sollte auch noch auf die gesetzliche Festlegung des Versprochenen verzichten! Der Reichstag sollte eben auf die Anteile gezwungen werden!

Zu alledem kam noch die Drohung der Regierung mit dem Sessionsschluß, falls sich der Reichstag nicht gefügig zeige. Ganz unerblümt ist nach der zweiten Lesung in der bürgerlichen Presse verkündet worden, der Reichstag werde geschlossen statt vertagt, wenn er bei der Besoldungsordnung nicht nachgibt. Erzberger schrieb am 19. Mai im „Tag“:

„Die leidige Fahrkartenfrage ist der beste Barometer für die Behandlung des Reichstags durch die Regierung; wurde doch gar die Offerte gemacht: wenn die Besoldungsnovelle in einem der Regierung genehmen Sinn angenommen wird, gibt es Vertagung mit der Weiterbenutzung der Fahrkarten; wenn nicht, erfolgt Schluß.“

Also, Fahrkarten gegen Besoldungsordnung! Es ist überflüssig, ein solch skandalöses Schacherangebot näher zu charakterisieren.

Bei dieser Sachlage mutete man der Sozialdemokratie zu, in dritter Lesung die in zweiter Lesung teils auf ihren Antrag, teils mit ihrer Hilfe zustande gekommenen Beschlüsse niederzustimmen, nur weil die Regierung die Stirn runzelte! Das Besoldungsgeheiß sei keine Grundlage für einen Machtkampf zwischen Regierung und Parlament, meinte im „Berliner Tageblatt“ ein Fortschrittler. Als wenn die Fortschrittler nicht auch in allen anderen Fällen vor dem Unannehmbar der Regierung feig zurückgewichen wären! Die Konsequenz dieser Auffassung ist die Diktatur der Verwaltung, die Ausschaltung des Parlaments!

Für die Sozialdemokratie konnte es keinen anderen Weg geben, als in dritter Lesung für die Beschlüsse zweiter Lesung zu stimmen. In dieser Fassung hat dann auch das Gesetz die einstimmige Zustimmung des Reichstages gefunden. Weigert sich trotzdem die Regierung, ihm zuzustimmen, dann können nur Karren oder Demagogie dafür die Sozialdemokratie verantwortlich machen. Mit der Regierung haben diejenigen Parteien die Verantwortung zu tragen, die sich eine solch verächtliche Behandlung gefallen lassen, denen es an Entschlossenheit fehlt, den Kampf mit der Regierung aufzunehmen.

Wenn die Sozialdemokratie dann bei der dritten Beratung des Postetats noch versuchte, die durch die ablehnende Haltung der Regierung geschädigten Landbriefträger schadlos zu halten, so handelte sie nur konsequent. Sie gab damit zugleich das Mittel an, durch welches der Reichstag seinen Willen gegen die Regierung durchsetzen konnte. In der Besserstellung der Landbriefträger herrschte Übereinstimmung der beiden gegenseitigen Faktoren. Der Redner unserer Fraktion hat den zwingenden Nachweis geführt, daß der von uns vorgeschlagene Weg etatsrechtlich einwandfrei ist und daß den Landbriefträgern sofort geholfen werden konnte, wenn die bürgerlichen Parteien nur die Courage hatten, das Statsrecht des Parlaments gegen die Regierung auszunutzen. Aber jede bürgerliche Partei hatte gegen diesen ganz selbstverständlichen Antrag ihre besondere Ausrede, weil keine es wagte, mit der Regierung ernstlich anzubinden. Hatte doch die Regierung mit der Auflösung des Reichstags gedroht, falls der sozialdemokratische Antrag angenommen würde. War es auch nur ein Bluff der Regierung, auf die Bürgerlichen hat er seine Wirkung nicht verfehlt. Am tollsten gebärdeten sich die Fortschrittler, obwohl ihr Redner zugeben mußte, daß der Reichstag unzweifelhaft das Recht habe, den Etat zu ändern und Summen hinzuzusetzen. Sind doch die Fortschrittler bei der Postdampfer-Subvention am entschiedensten dafür eingetreten, daß der Regierung gegen ihren Willen 10 Millionen für die Austral-Linie aufgezwungen wurden. Aber hier handelte es sich nur um arme Beamte, und hier galt es, einmal die Macht auszunutzen und die Regierung niederzuzwingen. Davor beßten sie aber alle zurück.

Mit dem jämmerlichen Umfall der bürgerlichen Parteien in der Zaberna-Affäre hat die Session begonnen, mit dem jämmerlichen Umfall in der Besoldungsreform hat sie geendet.

Abgeschüttelt.

Wenn Dr. Ludwig angenommen hatte, daß sein Entschuldigungsgestammel seine bisherigen Freunde und Gönner befriedigen würde, so hat er sich bitter getäuscht. In mehr oder minder versteckten Worten schütteln sie ihn ab und geben ihm den wohlverdienten Fußtritt. So hält selbst der Reichsverband, dem doch Ludwig nach seiner Meinung so schätzenswerte Dienste geleistet hat, weitere Aufklärungen für nötig, er hemerkt: „Aus diesem Schreiben geht hervor, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie an der ganzen Sache voll-

ständig unbeteiligt ist. Wegen der notwendigen weiteren Aufklärungen sind wir mit Herrn Dr. Ludwig in Verbindung getreten.“

Die „Tägliche Rundschau“ sagt zu Ludwigs Erklärung: „Diese Limonade ist matt. Der Staatsanwalt, dem der Kultusminister die ganze Sache zur Untersuchung anvertraut hat, dürfte den Fall Ludwig damit kaum für erledigt halten.“

Die „Post“ schüttelt Ludwig wie folgt ab: „Wenn Dr. Ludwig hier erklärt, er habe weder einen Pfennig Vermittlungsgebühr gefordert, noch empfangen, so erscheint die Angelegenheit wohl in einem milderen Lichte. Immerhin aber muß es als ausgeschlossen angesehen werden, daß Persönlichkeiten mit solchem „Privatleben“ in nationalen Verbänden eine führende Stellung bekleiden.“

Die „Germania“ fühlt instinktiv, daß der Zusammenhang zwischen Ludwigs Titelschacher und dem Reichsverband nicht von der Hand zu weisen ist. Sie schreibt: „Wie im Abgeordnetenhaus von der Regierung erklärt wurde, ist die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben. Vielleicht erfährt man aus dessen Untersuchung, ob nicht doch gerade die Beziehungen, die Dr. Ludwig als Geschäftsführer des Reichsverbandes hatte, seinen Erkundigungen über den Professorettitel die Wege ebneten.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert scharfe Abrechnung mit den Titelschachern. Sie schreibt: „Wie weit nun Herr Dr. Ludwig in dieser Sache gegangen ist, wird sich ja noch herausstellen. Das wichtigste an seiner Erklärung ist jedenfalls, daß sie den verantwortlichen Stellen den Weg und die Handhabe bietet, der ganzen Angelegenheit mit aller Energie nachzugehen. Wir glauben ohne weiteres, daß die Erklärung des Herrn Dr. Ludwig mit der Angabe, daß die Behauptungen über die Käuflichkeit des Professorettitels unzutreffend waren, im Rechte ist. Das wird aber selbstverständlich die Staatsanwaltschaft nicht hindern, die hier gegebenen Spuren bis zum äußersten zu verfolgen, die Angelegenheit restlos aufzuklären, und den Personen, die Titelschacher getrieben oder doch zu treiben versucht haben, für alle Zukunft gründlich das Handwerk zu legen.“

Und das schreiben die Blätter, bevor sie etwas von der weiteren Tätigkeit Ludwigs im Geschäftemachen wußten. Wie mag ihr Urteil ausfallen, wenn sie die neuesten Enthüllungen erfahren?

Zu den erbarmungswürdigen Rechtfertigungsversuchen des Reichsverbändlers Dr. Ludwig bemerkt Genosse Liebknecht im „Vorwärts“: „Ludwig ist an den betreffenden Arzt herangetreten, nicht umgekehrt. Die Behauptung, er habe sich von der Unrichtigkeit der Angaben über die Käuflichkeit der Titel überzeugt und daher in der Sache nichts mehr getan, ist eine blanke Unwahrheit.“ — In Liebknechts Händen befinden sich noch drei Briefe des Dr. Ludwig über die gleiche Angelegenheit und an den gleichen Adressaten. Einer vom 5. September 1912, ein zweiter vom 17. September des gleichen Jahres (der auch von uns abgedruckt) und ein dritter vom 13. Februar 1912. Dieser letztere Brief lautet:

Redaktion der „Berliner W.“, den 13. Febr. 1912.
Monatsschrift für Deutsche Mansteinstr. 1,
Beamte z. Zt. Meran, Südtirol,
Chefredakteur Dr. Ludwig. Pension Giffklamm.

Sehr geehrter Herr Doktor!
Mein Gewährsmann in Sachen P. (= Professor) fragt mich an, ob er sich nicht mit Ihnen direkt in Verbindung setzen kann. Er hat Ihnen jetzt eine günstigere Offerte zu unterbreiten. Da ich natürlich dies nicht ohne Ihre Genehmigung tue, erlaube ich mir die Anfrage, ob Sie damit einverstanden sind. Es würde sich dann der Weg vereinfachen.

Ich muß mich hier von meinen durch die Reichstagswahl strapazierten Nerven erholen, finde, daß mir Meran sehr gut tut. Da ich noch etwa 14 Tage hier bleibe, bitte ich Sie um möglichst umgehende Nachricht, ob Sie noch auf die bewußte Angelegenheit reflektieren.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener
Dr. Ludwig.

Die Mahnung des durch seine reichsverbändlerische Tätigkeit bei den Reichstagswahlen so strapazierten Dr. Ludwig erklärt sich daraus, daß der Arzt die Sache ruhen ließ und anscheinend keine rechte Lust mehr zu dem Geschäft zeigt.

Was sagt Dr. Ludwig nun zu diesen neuen tatsächlichen Mitteilungen? Will er seinen Gesinnungsgenossen jetzt immer noch glauben machen, daß es sich bei ihm nur um eine einmalige Entlassung handle? Und was sagen die „Lübeckischen Anzeigen“ zu ihrem Schützling? Werden sie nach wie vor die tatsächlichen Mitteilungen über die sauberen Geschäfte Ludwigs ihren Lesern vorenthalten?

Unter diesen Umständen wird selbst der Reichsverband seinen zweiten Geschäftsführer nicht mehr halten können und so wird es wohl bald für Dr. Ludwig heißen: Franz, pack den Reisekoffer!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die preussische Befoldungsnovelle.

Am Montag begann das preussische Abgeordnetenhaus die erste Beratung der Novelle zum Beamtenbefoldungsgesetz. Dies Gesetz hält sich etwa in dem Rahmen der Vorschläge, die die Reichsregierung für die Aufbesserung der Beamtengehälter im Reiche gemacht hatte. Bekanntlich scheiterte im Reichstage dieses Gesetz kurz vor dem Sessionschluß daran, daß die Regierung allen Verbesserungsanträgen ein starres Nein entgegensetzte. Im preussischen Dreiklassenparlament hat sie irgendwelche ernsthafteste Gefahr für die von ihr eingebrachten, durchaus unzulänglichen Vorschläge nicht zu erwarten. Das zeigte sehr deutlich schon der erste Tag der Beratung. Zwar hatten die Nationalliberalen einige sehr beachtenswerte Verbesserungsanträge zu der Regierungsvorlage eingebracht, aber ihr Fraktionsredner Dr. Schröder erklärte von vornherein, daß seine Partei durchaus nicht beabsichtige, auf diesen Verbesserungsanträgen zu bestehen, nachdem die Regierung erklärt habe, sie seien für sie unannehmbar. Auch die Redner der übrigen bürgerlichen Parteien, soweit sie am Montag bereits zu Worte kamen, erklärten sich im großen und ganzen mit den Regierungsvorschlägen einverstanden. Eine ernsthafte Kritik an dem Gesetzentwurf wird nur die Sozialdemokratie üben, in deren Namen am Dienstag Gen. Ströbel sprechen wird.

Von den weiteren Beratungsgegenständen, die am Montag erledigt wurden, ist nur der Entwurf eines Fischereigesetzes bemerkenswert, über den im Namen der sozialdemokratischen Fraktion Gen. Liebknecht eine Reihe sachkundiger Ausführungen machte.

Der Konservative in Stendal-Osterburg unterlegen.

Bei der Reichstags-Ergebniswahl im Reichstags-Wahlkreis Stendal-Osterburg wurden abgegeben für Rittergutsbesitzer Hoefsch (R.) 12518, für Hofbesitzer Wachhorst de Wente (N.) 15027 Stimmen. Sieben kleine Wahlbezirke stehen noch aus, die das Ergebnis nicht ändern. Danach ist die Wahl des Nationalliberalen Wachhorst de Wente sicher. Dank der tatkräftigen Unterstützung unserer Parteigenossen und Wähler.

Der Reichstagschluß in offizieller Beleuchtung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommt in ihrem Wochenrückblick auf den Reichstagschluß zurück. Sie schreibt, daß nach mehr als zweijähriger Dauer eine Session beendet worden ist, in der wichtige Gesetze zustande gekommen sind. Auf zahlreichen Gebieten haben Bundesrat und Reichstag in dieser Sitzungsperiode wertvolle gesetzgeberische Arbeit geleistet. Trotzdem habe aber der schleppende Gang der Verhandlungen viel Mühe mit zurückgelassen. Die Schuld hieran trage die Weitschweifigkeit der Debatten im Plenum und in der Kommission.

Im Hinblick auf die Schließung des Reichstags sagt das Kanzlerblatt: „Die Verfassung rechnet mit einer Gliederung der Legislaturperiode in mehrere Sessionen von einjähriger Dauer, einer Einrichtung, die sowohl im Interesse der Regierung als auch des Reichstags liegt. Die parlamentarischen Geschäfte leiden darunter, wenn nicht ab und zu ein Zeitpunkt kommt, bis zu welchem die Vorlagen so oder so erledigt werden müssen. Ohne die Schließung sammelt sich, wie die Erfahrung gezeigt hat, ein solch ungeheurer gesetzgeberischer Stoff an, daß die Ueberfülle verloren wird und Planlosigkeit und Arbeitsunlust entstehen. . . . Der Reichskanzler ist geneigt, dem vielfach geäußerten Wunsche, daß bei Beginn der neuen Tagung ein Arbeitsplan zwischen ihm und dem Senatorenkomitee des Reichstags vereinbart werden soll, nach Möglichkeit zu entsprechen.“

Dann wird gesagt, daß der Sessionschluß zwar einen Teil der geleisteten Arbeit zum Ziele gemacht hat, doch handle es sich dabei um Teil um Vorlagen, auf die noch nicht viel Arbeit vom Reichstag verwendet worden ist, und andererseits um Vorlagen, bei welchen der Kommissionsbericht später verwendet werden kann, so zum Beispiel bei den Gesetzen über das Verfahren gegen Jugendliche und über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens. Abgestellt seien auch die Ansuchen der Parteien bei der geplanten Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und bei der Aenderung von Vorschriften der Gewerbeordnung über das Wanderergewerbe. Nicht zu erwarten war eine alsbaldige Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes und über den Verkehr mit Deutsch-Südwestafrika. Die Regierung treffen wird, um das Ziel in der Deutsch-Südwestfrage zu erreichen, werde von dem Ergebnisse der unabhängig fortzusetzenden Beobachtung der Verhältnisse auf dem Mineralölmarkt abhängen.

Schließlich kommt die „Norddeutsche“ noch auf die Sozialdemokratie zu sprechen: „Die letzte Sitzung des Reichstags ist von der sozialdemokratischen Fraktion zu ihrer Aufhebung gegen das Oberhaupt des Reiches ausgesprochen worden, über die man nicht mit einem Ahel-chen hinweggehen kann. Es handelt sich hier um mehr als um bloße Manieren. Es liegt eine wohlüberlegte Demonstration der monarchiefeindlichen Gemütsverfassung vor.“

holung zu erwarten wäre wenn der Reichstag nicht die Mittel finden sollte, in seinem Hause dem Kaisertum, mit dem zugleich er selbst geboren ist, die gebührende Achtung zu sichern. Den bürgerlichen Parteien des Reichstags stellt sich hiermit für die nächste Session eine Aufgabe, die sie, wie wir hoffen, mit fester Hand in Angriff nehmen werden.“

Das ist natürlich ganz nach dem Herzen der Reaktionsäre geschrieben; wenngleich diese noch sehr wenig Hoffnung auf diesem Gebiete hegen. Die alldeutschen Blätter fürchten, daß das halbamtliche Blatt von einer allzu optimistischen Grundauffassung ausgeht. Bei der Zerfahrenheit der Parteiverhältnisse sei nicht anzunehmen, daß sich eine Mehrheit für die Inangriffnahme, geschweige denn für die Bewältigung der gekennzeichneten Aufgabe zusammenfinden werde.

Die „Freisinnige Zeitung“ hofft, daß der Reichstag eine Einwirkung der Regierung und des Bundesrats auf seine Angelegenheiten sich entschieden verbittet.

Die elsass-lothringischen Gemeindevahlen.

Am Sonntag fand in ganz Elsaß-Lothringen der zweite Wahlgang der Gemeindevahlen statt. Die Beteiligung war nicht übermäßig stark. Es erklärt sich das wohl daraus, daß für den zweiten Wahlgang fast allenthalben Kompromisse abgeschlossen worden waren, die fast ausnahmslos auch das erstrebte Ergebnis hatten. In Mülhausen ging in allen drei Bezirken die Kompromißliste durch, die von den bürgerlichen Parteien aufgestellt worden war. Es sind nunmehr gewählt: 18 Sozialdemokraten, 8 Zentrümmer, 7 Fortschrittler und 3 Vertreter der wirtschaftlichen Gruppe. In Straßburg setzt sich der Gemeinderat aus 15 Sozialdemokraten, 10 Liberalen, 8 Zentrümern und 3 Nationalliberalen zusammen. Unter den Sozialdemokraten befinden sich die Reichstagsabgeordneten Böhle, Peirotes, der Gauleiter des Bauarbeiterverbandes, der Gauleiter des Gemeindefacharbeiterverbandes, ebensfalls der Redakteur der Parteizeitung, Fischer, und der Parteisekretär. In Colmar siegte die Blockliste, die von Fortschrittler und Sozialdemokraten gegen das Zentrum aufgestellt worden war. Das Zentrum brachte nur im ganzen 6 Kandidaten durch. Der neue Gemeinderat setzt sich zusammen aus 23 Fortschrittler, 5 Sozialdemokraten, 6 Vertretern des Zentrums. In der Industriestadt Thann unterlagen die Sozialdemokraten. In Zabern ist eine wesentliche Aenderung von der bisherigen Zusammensetzung des Gemeinderats nicht eingetreten. In Mirkirch-Grafenloden bei Straßburg wurde ebenfalls die Kompromißliste der Sozialdemokraten und Liberalen gewählt; es kamen 6 Sozialdemokraten durch. In Schleifstadt wurden in der Nachwahl 4 Zentrümmer, 2 Liberale und 2 Sozialdemokraten gewählt. Auch in den kleineren Gemeinden um Straßburg herum war eine schwache Wahlbeteiligung, trotzdem gelang es überall, den alten Besitzstand der Sozialdemokratie zu erhalten und großes Neuland dazu zu gewinnen. In dem Vorort Schiltigheim bei Straßburg wurden nur Sozialdemokraten und Liberale gewählt, die Zentrumsliste wurde vollständig ausgeschaltet.

Österreich-Ungarn.

Franz Kossuth, der frühere Handelsminister in Ungarn und jetzige Abgeordnete, ist im Alter von 72 Jahren gestorben. Sahrslang hat er an der Spitze der ungarischen Opposition gestanden.

Die Neuwahlen in Belgien.

Am vorgestrigen Sonntag fanden in Belgien die Neuwahlen der turnusmäßig auscheidenden Abgeordneten der Kammer statt. Zur Neuwahl standen 88 Abgeordnete in 15 Arrondissements der vier Provinzen Hennegau, Lüttich, Limburg und des östlichen Flandern. Von den auscheidenden Abgeordneten sind 25 Sozialisten, 43 Katholiken, 19 Liberale und ein katholischer Demokrat. Unsere belgischen Genossen gingen diesmal in allen Wahlkreisen bis auf zwei selbständig vor. Nur in den Wahlkreisen Sant-Nicolas und Audenarde im östlichen Flandern standen sie im Kartell mit den Liberalen.

Bei den Wahlen von 1912 führten die Genossen den Wahlkampf nur in Gent-Cecloo, Mons und Lüttich selbständig; in allen übrigen Wahlkreisen waren sie mit den Liberalen kartelliert und gaben mit ihnen gemeinsame Listen heraus. Unsere Genossen eroberten 1912 in diesen Wahlkreisen 21 Sitze.

Für die diesjährigen Wahlen lag, abgesehen von dem selbständigen Vorgehen der belgischen Genossen, das immer eine gewisse Bürgschaft des Sieges in sich schließt, die Situation äußerst günstig. Die Klerikalen haben sich gerade im letzten Jahre und bis in die letzten Tage hinein in ihrem Uebermuth zu wahren politischen Erzeugnissen hinreißen lassen. Das Schulgesetz, das sie mit allen Mitteln in letzter Stunde noch vor den Wahlen im Senate durchzogen, ist eine Schmach auf die Kultur und tiefste die Schulen und mit ihnen die Jugend den Mönchen und Nonnen aus. Sie haben die Militärausgaben für das neutrale Belgien bis auf 156 Millionen pro Jahr gesteigert. Sie haben die Finanzen Belgiens so zerrüttet, daß die belgische Rente bis auf 75 % herabgegangen ist. Endlich haben die Klerikalen mit den sozialen Gesetzen ein wahres Säbinder getrieben. Haben sie doch beim Kinderschutzgesetz die Kinderarbeit in Fabriken und Werkstätten noch bis zum Jahre 1920 gestattet; hat doch der Senat das Alterspensionsgesetz für die Bergleute zu Fall gebracht; ja, sogar das zur Verhütung von Unfällen in den Bergwerken so notwendige Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit der Maschinisten ist von der klerikalen Majorität aufgehoben gemacht worden. Wenn die Klerikalen nun in den letzten Tagen in der Kammer noch schnell ein Alterspensionsgesetz für die Arbeiter durchgepeitscht haben, so ist dies nur ein Werk widerlicher politischer Heuchelei und des Stimmenjanges. Sie haben bei diesem Gesetze ihr feierlich bei den Wahlen von 1912 gegebenes Versprechen, den Satz von einem Franken pro Tag als Alterspension festzusetzen, gebrochen. Uebrigens wird schließlich der Senat auch an diesem Gesetz Heblersdienste verrichten — nach den Wahlen. Hat doch bei dem Pen-

Majorität zusammengearbeitet, um daselbst Kammer votierte Gesetz zu Fall zu bringen.

Es darf allerdings trotz der für günstigen Situation nicht vergessen werden, daß Vorteile des belgischen Proportionalwahlsystems nur auf Seiten der Klerikalen sind. Sie haben die Klerikale rücksichtslos ausgenutzt. Und — der Wahlgang in Lille beweist es — sie werden auch das Wahlergebnis durch jede Art der Fälschung zu korrigieren versucht haben.

Die Wahlen — nach dem Proporzsystem bei Mehrstimmenrecht — haben die Zusammenfassung der Parteien nicht wesentlich verändert; die Mehrzahl bleibt, allerdings unter Einbuße von zwei. Aber die Klerikalen haben liberaler als je verloren. Die Sozialisten haben beträchtlichen Stimmenzuwachs erzielt. In Huy-Waremme hat der Chef-Redakteur des „Peuple“, das wieder erobert.

Die 88 durch die Wahl vergebenen Sitze verteilten sich auf 41 Mitglieder der katholischen Partei, 20 Mitglieder der liberalen Partei, 26 Mitglieder der sozialistischen Partei und 1 Mitglied christlich-demokratische. Die Katholiken verlieren 2, die Liberalen verlieren 1 Sitz und gewinnen 2, Sozialdemokraten gewinnen 1 Sitz. Kann noch eine Verschiebung dahin eintreten, daß der katholischen Partei ein Sitz verloren geht, der den Liberalen würde.

Die neue Kammer setzt sich, wenn die Feststellung keine Aenderung bringt, folgendermaßen zusammen: Katholiken 99, Liberale 45, Sozialisten und christliche Demokraten 2. Die Katholiken halten die Kammer 101 Sitze. Das klerikale Blatt „Le Peuple“ glaubt den Verlust der katholischen Partei auf die Einbuße der Militärpflicht zurückzuführen zu müssen. Es stellt außerdem fest, daß fast in allen Wahlbezirken gestern gewählt wurde, die Stimmengabe der Klerikalen zurückgegangen ist, während die Opposition weise auffallend starke Fortschritte gegenüber 1912 macht hat.

Der fürsorgliche Fürst und „sein“ Volk.

Da es doch einen gar zu schlechten Eindruck machen würde, wenn man annähme, Fürst Wilhelm von Albanien sei vor „seinen“ Untertanen geflüchtet, so läßt man jetzt offiziell erklären, daß Wilhelm nur seine Familie an Bord des italienischen Kriegsschiffes gebracht habe. Er selbst beabsichtige keineswegs, die Flinte ins Korn zu werfen. Wenn also ein Fürst seine Familie an Bord eines Kriegsschiffes bringt, dann nimmt er seinen Generalstab und sein ganzes Gefolge mit, um nachher mit demselben alleine wieder an Land zu ziehen. Das ist doch so unwahrscheinlich, daß selbst monarchisch gesinnte gläubige Seelen das nicht als bare Münze hinnehmen. Es bleibt also dabei, der Ferscht von Albanien ist vor seinem getreuen Volke ausgerückt.

Inzwischen werden Wilhelms Untertanen immer ungemüthlicher. Bei Schjak wurde ein Gendarmerie-Detachement — also internationale Truppen — von Aufständischen umzingelt und gefangen genommen. Abgesandte Ersahmannschaften mußten sich vor den Aufständischen zurückziehen. — Die gefangenen Verwundeten der Regierung resp. internationalen Truppen sind nach eingeleiteten Verhandlungen ausgeliefert worden.

Ein verspätet in Wien eingetroffenes, am 23. Mal nachmittags in Durazzo ausgegebenes Telegramm meldet: Etwa 500 Insurgenten vertrieben in Kawaja die Regierungsbehörden und hielten die türkische Fahne, nachdem sie die albanesische Fahne zerrissen und zu Boden getreten hatten. Die Aufständischen ernannten einen Mufti und Gouverneur und proklamirten die Autonomie ihres Bezirkes, rufend: „Es lebe Essad, der König Albanien!“

Über die Verhandlungen der Mitglieder der internationalen Kontrollkommission mit den Insurgenten, die am Sonnabend nachmittags stattgefunden haben, wird mitgeteilt: Die von den Aufständischen aufgestellten Forderungen betrafen den Schutz der muslimanischen Religion und des Muslimantentums und die Wiederherstellung der ottomanischen Herrschaft insbesondere deswegen, weil die gegenwärtige Regierung die Muslimanten mit Kanonenschüssen angegriffen habe. Falls die Rückkehr zur Türkei unmöglich sei, möchte das Land sein Schicksal wieder in die Hände Europas zurücklegen. Unter den Insurgenten, die keinen bestimmten Führer zu gehorchen schienen, herrschte vor den Vorgängen am 18. und 19. Mai die Meinung, daß Essad Pascha von ihnen als Betrüger anzusehen sei, die Beschließung des Hauses Essads führte jedoch vollkommenen einer Umschwung herbei. Jetzt betrachteten viele dieser fanatischen Bauern, die wie Essad Pascha von den Nationalisten und holländischen Kanonen angegriffen worden sind, Essad als ein unschuldiges Opfer und wünschen ihn zurückzurufen. Die Forderungen der Bauern, die in verworrenen und tumultuarischer Weise vorgebracht wurden, waren in einem Schriftstück zusammengefaßt, worüber eine langwierige Diskussion stattfand. Während der Verhandlungen der Mitglieder der internationalen Kontrollkommission mit den Insurgenten bemühte sich der italienische Gesandte mit dem italienischen Dragoman, die angesehensten Führer der Aufständischen dazu zu bewegen, die Gefangenen, von denen eine große Anzahl verwundet ist, freizulassen. Die Gefangenen glaubten bereits ihre letzte Stunde gekommen. Die holländischen Offiziere übergaben schon dem italienischen Gesandten ihr Geld und übermittelten ihm ihre letzten Wünsche. Die Unterhandlungen wurden besonders durch erleichtert, daß der italienische Dragoman ein guter Kenner der albanischen Sprache und Sitten ist. Sie erdigten mit der Freilassung der Gefangenen. Der italienische Gesandte brachte im Automobil vier Verwundete nach der Stadt, darunter den rumänischen Prinzen Ghika. Die Unzufriedenheit beht sich auf ganz Mittelalbanien aus.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck.

Wir berufen hiermit den diesjährigen **Bezirksparteitag**

für Sonntag, den 2. und Montag, den 3. August 1914 nach **Malchin**, Schützenhaus, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. Berichterstatter: W. Krüger.
2. Bericht über die Presse. Berichterstatter M. Bunk.
3. Bericht des Bezirksbildungsausschusses. Berichterstatter J. Stelling.
4. Reichstagsabpolde und Steuerpolitik. Berichterstatter Reichstagsabgeordneter Dr. Herzfeld.
5. Mecklenburgisches Verfassungsgesetz. Berichterstatter Fr. Starosson.
6. Der Deutsche Parteitag. Berichterstatter W. Bromme.
7. Beratung der Anträge.

Alle Anträge, die in die gedruckte Vorlage aufgenommen und vorher veröffentlicht werden sollen, müssen bis zum 10. Juli an den Bezirksvorstand eingekandt sein.

Zwecks Feststellung der Mandatsformulare und Beschaffung von Wohnungen wollen die Delegierten von ihrer Wahl rechtzeitig Mitteilung machen.

Der Parteitag wird pünktlich 2 Uhr nachmittags eröffnet.

Rostock, den 26. Mai 1914.

Der Bezirksvorstand.

J. A. Wilh. Krüger.
Doberanerstr. 6.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 26. Mai.

Mitteilung Gewerkschaftsvorstände!

Der Jahresbericht vom Arbeiter-Sekretariat ist erschienen; es wird gebeten, ihn möglichst bald im Bureau des Sekretariats in Empfang zu nehmen. Die Kartellkommission.

Eine traurige Statistik veröffentlicht das hiesige Statistische Amt in seiner letzten Vierteljahresübersicht für Lübeck. Danach haben in den letzten 10 Jahren — von 1904 bis 1913 einschließlich — im lübeckischen Staatsgebiet 339 Personen ihrem Leben selbst ein Ziel gesetzt. Auf die einzelnen Jahre verteilen sich diese Selbstmorde folgendermaßen: 1904 21 männliche, 11 weibliche Personen; 1905 29 männliche, 6 weibliche; 1906 22 männliche, 7 weibliche; 1907 27 männliche, 4 weibliche; 1908 26 männliche, 8 weibliche; 1909 22 männliche, 11 weibliche; 1910 26 männliche, 10 weibliche; 1911 28 männliche, 8 weibliche; 1912 23 männliche, 11 weibliche; 1913 22 männliche, 7 weibliche Personen. Als Todesarten, welche jene Unglücklichen zu ihrem Scheiden aus dem Leben wählten, werden folgende angegeben: Erhängen 139, Ertrinken 77, Erschießen 85, Beibringung von Schnittwunden 2, Schnitt in den Hals 1, Dessen der Wern 4, Einnehmen von Gift 19, Einatmen giftiger Gase 1, Ueberfahrenlassen durch die Eisenbahn 3, Sturz aus der Höhe 5, Verbrennenlassen 2, Ertrinkenlassen 1. Die Frauen haben besonders Erhängen, Ertrinken und Vergiften als Todesart bevorzugt. Durch Erhängen haben hingegen 81 männliche und nur 4 weibliche Personen ihren Lebensaufgang beendet. Das Alter der Selbstmörder war 10—15 Jahre bei 3 Personen, 15—20 Jahre bei 34 Personen, 20—25 Jahre bei 33 Personen, 25—30 Jahre bei 33 Personen, 30—40 Jahre bei 54 Personen, 40—50 Jahre bei 55 Personen, 50—60 Jahre bei 62 Personen, 60—70 Jahre bei 33 Personen, über 70 Jahre bei 32 Personen. Von den Selbstmördern waren 124 ledig, 157 verheiratet, 55 verwitwet, 3 geschiedene. Nach Berufen waren 50 Selbständige, 47 Angestellte und Angehörige freier Berufe, 138 Arbeiter, 13 Diensthilfen, 14 Rentner, 53 berufslose Angehörige und Frauen, 20 andere Berufslose, 4 Schüler. Wieviel Not, Leid, Elend und Verzweiflung spricht aus dieser Statistik, die über die Motive der Selbstmorde keinerlei Auskunft gibt und wohl auch nicht geben kann, da in manchen Fällen die Gründe wohl für immer unauflösbar bleiben.

Deutsche Großreedereien. 1913 hatten wir in Deutschland 30 Aktienreedereien, deren Kapital die Mindestsumme von einer Million Mark aufweist. Diese 30 Reedereien hatten nach ihren eigenen Angaben ein Aktienkapital von insgesamt 480 233 000 Mk., also fast eine halbe Milliarde Mark. Seit 1912 sind als Aktienreedereien hinzugekommen: Woermann-Linie, Continentale Reederei und Bremer Stahlhof. Die größte deutsche Aktienreederei ist die Hapag mit 157 500 000 Aktienkapital oder 33 Proz. der Gesamtsumme. Es folgt der Norddeutsche Lloyd mit 125 000 000 Mk. oder 26 Proz. der Gesamtsumme. Unter den Gesellschaften mit mehr als 10 000 000 Mk. Aktienkapital befinden sich die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiff-Gesellschaft und die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“ mit je 25 000 000 Mk., die Deutsch-Australische Dampfschiff-Gesellschaft und die Woermann-Linie A.-G. mit je 20 000 000 Mk., die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Rosmos“ mit 14 000 000 Mk., Rüdigers Reismühlen-Reederei und Schiffbau A.-G. mit 13 000 000 Mk. und die Deutsche Ostafrika-Linie mit 10 000 000 Mk. Mit mehr als 5 000 000 bis 10 000 000 Mk. stehen fünf Gesellschaften verzeichnet, und zwar die Deutsche Levante-Linie und die Roland-Linie A.-G. mit je 9 000 000 Mk., die Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Argo“ mit 8 000 000 Mk., die Hamburg-Bremer Afrika-Linie mit 5 500 000 Mk. und die Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Neptun“ mit 5 000 000 Mk.

Über 1 000 000 bis 5 000 000 Mk. Aktienkapital verfügen die Bremer Schlepptschiffahrts-Gesellschaft, der Bremer Stahlhof, die Vereinigte Bugler- und Frachtschiffahrts-Gesellschaft, die Continentale Reederei A.-G., die Flensburger Dampfer-Kompagnie, die Flensburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft von 1869, die Hagen-Dampfschiffahrts A.-G., die Dampfschiff-Reederei „Horn“ in Lübeck, „Midgard“, Deutsche Seeverkehrs A.-G., die Neue Dampfer-Kompagnie in Stettin, die Odenburg-Portugiesische Dampfschiffreederei, die Dampfer-Aktiengesellschaft „Ocean“, die Reederei-Aktiengesellschaft von 1896, die Schlepptschiffahrts-Gesellschaft „Unterweiser“ und die Reederei-Aktiengesellschaft „Wjurgis“.

Der Betrag der Anteile an belag sich 1913 bei den genannten Gesellschaften auf 197 072 639 Mark, die Summe der Verrechnungskonten auf 199 018 741 Mark. In Prozenten der

Kapitals einschließlich der Aktialagen betrug diese Summe bei „Midgard“ 64, bei den bekanntesten Linien Hapag 38 und Norddeutscher Lloyd 42 vom Hundert. Der Betrag der liquiden Mittel war 303 409 690 Mark, wovon der Norddeutsche Lloyd mit 114 617 161 Mark, das sind 92 Proz. seines Aktienkapitals, und Hapag mit 62 432 299 Mark, das sind 40 Proz. ihres Aktienkapitals, beteiligt waren. Die Summe der investierten Mittel belief sich auf 797 785 288 Mark, wovon wiederum am höchsten Hapag mit 292 511 256 Mk. und der Norddeutsche Lloyd mit 168 394 722 Mk. beteiligt sind. Der Bruttoertrag im Jahre 1913 betrug von 199 168 683 Mark, und zwar mehr als 100 Millionen Mark bei der Hapag 60 088 605 Mark = 38 Proz. des Aktienkapitals, Norddeutscher Lloyd 47 804 587 Mark = 38 Proz., „Hansa“ 21 790 575 Mark = 87 Proz., Hamburg-Südamerikanische Dampfschiff-Gesellschaft 13 000 210 Mark = 52 Proz. und Deutsch-Australische Dampfschiff-Gesellschaft 11 501 984 Mark = 58 Prozent des Aktienkapitals. Die Höhe der Dividende betrug 20 Proz. bei „Hansa“, 16 Proz. bei „Rosmos“, „Neptun“ und Odenburg-Portugiesische Dampfschiffreederei, 15 Proz. bei Flensburger Dampferkompagnie und Flensburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft von 1869, 14 Proz. bei Australische Dampfschiff-Gesellschaft und Hamburg-Südamerikanische Dampfschiff-Gesellschaft, 12 Proz. bei „Argo“ und Reederei-Aktiengesellschaft von 1896, 10 Proz. bei Vereinigte Bugler- und Frachtschiffahrts-Gesellschaft, Deutsche Levante-Linie, „Ocean“ und Hamburg-Amerikanische Paketfahrts-A.-G. Die übrigen Gesellschaften verteilen unter 10 Proz. oder keine Dividende, wie Bremer-Schlepptschiffahrts-Gesellschaft und „Wjurgis“. — 1914 wird weniger günstige Abschlüsse aufweisen.

ph. Entwendete Wurst. In der Zeit vom 21.—23. ds. Mts. sind aus einem Räucherhause in Israelsdorf 14 geräucherte Würste abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Nicht zurückgekehrt. Der 19jährige Knecht eines Erbpäters in Dierichshagen wurde gestern morgen mit einem blauegelbten, mit einem schwarzen Wallach bespannten und mit 4 Milchkannen beladenen Wagen nach Hanzshagen geschickt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß der Knecht versuchen wird, das Gespann zu verkaufen, oder es bereits verkauft hat. Personen, die über den Verbleib des Fuhrwerkes etwas wissen, werden ersucht, sich zu melden.

pb. Diebstahl. In den Räumen des hiesigen Postamts ist am 25. d. Mts. ein schwarzer seidener Damen-Regenschirm abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Schirmstücke bestanden aus einem länglichen Ring mit der Aufschrift: „Frau Dr. Horst“.

pb. Ein Betrüger. Anfang Mai d. J. hat sich hier ein unbekannter Mann, der angeblich aus Kiel zu kommen und hier das Seminar besuchen zu wollen, in mehreren hiesigen Geschäften sowie bei der Inhaberin eines Pensionates des Bezuges schuldig gemacht. Er erschwand sich eine rote Schülermütze, einen Handsocker und ein Paar Schnürhosen, und verkaufte heimlich das Pensionat, ohne seine Pension zu bezahlen. Er soll hier im Besitz einer größeren Anzahl neuer Bücher gewesen sein, die er vermutlich auch durch Betrug erlangt hat. Personen, die durch den Schwindler geschädigt worden sind, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden, da es nicht ausgeschlossen ist, daß er außer den bereits bekannten Betrogenen noch andere Geschäftsinhaber geschädigt hat. Es ist hier bekannt geworden, daß er von hier das Feld seiner Tätigkeit nach Braunschweig verlegt hat und dort sowohl, als auch in Hamburg und Wolfenbüttel Betrügereien und sogenannte Logisdiebstähle begangen hat.

Sommertheater im Sausatheater. Mittwoch wird der Operettenschlager „Fr. Trallala“ von Gilbert, der am Sonntag stürmischen Erfolg gehabt, zum erstenmal wiederholt. Am 8. Akt wird Herr Karl Wilhelm noch eine Einlage bringen. Ein hochinteressanter Abend steht am Donnerstag in Aussicht, wo die Aufführung des aufsehenerregenden Werkes von Max Dreyer „Tal des Lebens“ stattfindet. Dieser Schwan, der in Preußen verboten, ist bekanntlich einer der besten Dreierstücke. Vorbereitet wird die berühmte Farnowske Operette „Farnermädchen“.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Auf die heute stattfindende Eröffnung des Leo Lenschens Schauspielers „Eine unmögliche Frau“ sei hiermit noch besonders aufmerksam gemacht. Das Stück ist von so überraschender Eigenart und theatralischer Wirkung, daß es in kürzester Zeit von den allerersten Bühnen angekauft wurde. Die Direktion sieht sich veranlaßt, da „Der Kastenbinde“ am letzten Sonntag ein fast ausverkauftes Haus brachte, diese entzückende Operette am Mittwoch und Freitag zu wiederholen. Am Donnerstag geht der ulkige Schwan „Der ungetreue Gekhart“, der bei jeder Aufführung stürmischen Lacherfolg erzielt, in Szene. Sonnabend: „Mein alter Herr“.

Hamburg, Schweres Bootsunglück auf der Elbe. Am Sonntag nachmittag gegen 4 Uhr machten vier Personen, zwei Damen und zwei Herren, in einer Spinnattolle eine Fahrt auf der Süderelbe. Kurz vor dem Reiherrstieg ist das Boot umgekippt; alle Insassen fielen ins Wasser. Leider sind zwei Personen, der 28 Jahre alte Zimmermann Meyer aus Neuhoft und dessen Schwägerin Oehr, ertrunken. Dem anderen Manne gelang es, sich und das andere Mädchen über Wasser zu halten, bis Hilfe kam. Die Geretteten wurden nach der Gastwirtschaft von Lamprecht gebracht, wo sie mit trockenen Kleidern versehen wurden. — Ein weiteres Opfer des Sturmes. Als am Sonntag nachmittag eine Frau aus der Sierichstraße, deren Mann zurzeit in Baden-Baden arbeitet, den Wochenlohn ihres Mannes abgeholt hatte, und, um ihre Kinder, die sie bei einer Nachbarin untergebracht, abzuholen, auf das Dach des Hauses gestiegen war, das durch die Bodenlücke mit dem Nachbargebäude in Verbindung steht, erlitt sie ein heftiger Windstoß und schwebte sie in den Lüftschicht. Die Frau wurde im Parterre mit zerschmetterten Gliedern tot aufgefunden. — Nordversuch. Sonntag abend gegen 8 Uhr erschien in der Wohnung von Schüge, Esslingenstraße 63, der frühere Einlogierer, der polnische Arbeiter Herzog, der mit der 20 Jahre alten Tochter der Frau Schüge ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Herzog ging gleich in die Küche zu Frau Schüge und fragte sie, weshalb ihre Tochter nicht mehr mit ihm verkehren wolle. Es entstand zwischen beiden ein Wortwechsel, den die im Vorderzimmer anwesende Tochter hörte, sodaß auch sie in die Küche kam. In diesem Augenblick stieß Frau Schüge den Herzog vor die Brust. Da hoch der Poole einen Kerosin, den er bereits in der Hand hielt, und gab sechs Schüsse ab, von denen einer sein Ziel verfehlte, während drei die Tochter und zwei die Mutter trafen. Beide wurden schwer verletzt ins Allgemeine Krankenhaus St. Georg geschafft. Der Täter wurde verhaftet. Er erklärte, daß er funlos vor der Mutter sei, als die Mutter ihn geklopfen habe. — Ein Raub der Blumen wurde in der letzten Nacht die Mädel-

heraufgehoben, zweijährige Ortsansässigkeit für die Wahlen rückgängig sowie geheime Abstimmung und Stichwahlen als zukünftig; kurz man will das Wahlrecht zum Nutzen des „Reformierens“. Nur mit dem Dreiklassenwahlrecht sind die Leute nicht einverstanden, weil dann auch die Wahlgangspersonen nicht mehr von der gesamten Bürgerchaft gewählt würden. In der Diskussion wurde auch der Wunsch nach einem besonderen Wahlrecht für die Großstädte Altona und Kiel laut. Der Verbandstag nahm dem einstimmig folgende Resolution an: „Der Provinzialverband der Schleswig-holsteinischen Bürgervereine spricht sich dahin aus, daß die Städteordnung von 1869 in weit besserer Weise als irgend eine andere den Verhältnissen angepaßt ist, die weitesten Kreise zur Mitarbeit heranzieht, die Politik bei der kommunalen Arbeit ausschließt und den breiten Mittelstand zum Hauptträger der kommunalen Arbeit macht. Da letzterzeit den gezeigten Körperhaften Anträge auf Änderung der Wahlrechtsbestimmungen unterbreitet sind, halten wir jetzt den Zeitpunkt für gegeben, Vorschläge zur organischen Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Städteordnung einzubringen, die in jahrelanger Arbeit von der Wahlrechtskommission der Provinzialverbände der Bürgervereine und der Haus- und Grundbesitzervereine Schleswig-Holsteins gesammelt sind.“ Es folgen dann die Vorschläge auf Herabsetzung des wahlfähigen Alters auf 25 Jahre, zweijähriger Ortsansässigkeit, geheimer Stimmabgabe und Stichwahlen. Bezeichnend ist, daß sich die Resolution nicht ausdrücklich gegen das Dreiklassenwahlrecht ausspricht.

Neumünster. Konferenz der Bildungs-Ausschüsse der Provinz Schleswig-Holstein. Am Sonntag waren in Neumünster die Vertreter der einzelnen Bildungs-Ausschüsse der Provinz zu einer Tagung zusammengetreten. Es galt, den Bericht über die geleistete Bildungsarbeit im verflochtenen Geschäftsjahr 1913/14 entgegenzunehmen und das geplante Winterprogramm für 1914/15 einer eingehenden Besprechung zu unterziehen; über neue Möglichkeiten zu beraten, die Bildungsbestrebungen in der Provinz weiter nach aufwärts zu fördern. Erhalten zu der Tagung waren aus 27 Orten 32 Delegierte, 5 Vertreter der Kreise, 4 Vertreter des Bezirks-Jugendauschusses, 5 Bezirksvorstandsmitglieder und Genosse Dr. Lausenberg als Vertreter des Zentralbildungsausschusses. Aus dem vom Vorsitzenden erstellten Jahresbericht ging hervor, daß nunmehr 32 Orts-Bildungsausschüsse gegen 20 im Vorjahre in der Provinz bestehen; außerdem fünf Kreis-Bildungsausschüsse. Wenn einmal die gefürchtete Behinderung in der Arbeiterchaft überwinden ist, wird es möglich sein, noch größere Bildungsarbeit in der ganzen Provinz und auch im übrigen Reiche zu leisten. Wanderkurse sind abgehalten worden von den Wanderrednern Dr. Drüder und Poesgen-Alberth, desgleichen eine Reihe Einzelvorträge von diesen. Ueber die theoretischen Grundlagen des Programms fanden an 31 Orten (je zwei Abende) mit sieben Rednern Vorträge statt, die rund 3000 Besucher aufwiesen. Ferner fanden Einzelvorträge von Laube in neun Orten und sieben Kinderkurse von Meenken statt; über die Bildungsbestrebungen der Arbeiterchaft ebenfalls in neun Orten. In siebenten Kreis wurden außerdem 10 Vortragende über das kommunistische Manifest gehalten. Insgesamt fanden 80 Einzelvorträge und 162 Vortragsabende gegen 90 des Vorjahres in der ganzen Provinz statt. An 32 Orten wurden künstlerische Veranstaltungen getroffen. Jugendbüchereien- und Wanderschmuck-Ausstellungen fanden neun statt. Seitens des Verbandstheaters wurden in Apenrade und Hadersleben Theaterveranstaltungen abgehalten. Die Einnahmen des Bezirks-Bildungsausschusses betrugen 200 Mark, denen eine Ausgabe von 190,81 Mark gegenüberstand, so daß ein Kassenbestand von 9,19 Mark verbleibt. Bei der Durchberatung des Winterprogramms für 1914/15 wurde die Anregung gegeben, daß die Kreis-Bildungsausschüsse die Programme im Reiche mit den einzelnen Orten regeln, auch die event. Zuschüsse feststellen und beantragen und dann dem Bezirks-Bildungsausschuss übermitteln möchten. Seitens des Genossen Adler wurde gewünscht, daß für Jugendliche über 18 Jahre der Veranstaltung von politischen Vorträgen in weitgehender Weise Rechnung getragen werde. Besondere Aufmerksamkeit soll ferner darauf verwendet werden, grundlegende Vorträge über das Bildungswesen im allgemeinen in den Gewerkschaften zu halten, um dadurch die Arbeiterchaft für die Bestrebungen zu interessieren. Ferner will der Zentral-Bildungsausschuss zu Kinovorführungen Films beschaffen und an die einzelnen Ausschüsse ausleihen. Im kommenden Winter planen acht Orte Bücher- und Bilder-Ausstellungen. Dem Bezirks-Bildungsausschuss wurde auf Anregung mit auf den Weg gegeben, einmal den Besuch zu machen, durch improvisierte Wohnungen der Arbeiterchaft Fingerringe zu geben, wie Bilderbücher wirksam in der Arbeiterwohnung zu placieren ist. Die Veranstaltung von Theaterveranstaltungen in kleineren Orten entfachte eine längere Debatte. Hierzu lagen zwei Vorschläge vor: einmal sollte mit dem Verbandstheater in Schleswig, das andere Mal sollte mit einem aus Künstlern des Stadttheaters in Kiel zusammengestellten Ensemble in den Monaten August-September zu veranstalten. Inwiefern sich das eine oder andere verwirklichen läßt, muß jedoch erst noch abgewartet werden.

Kiel. Die Opfer des Wirbelschusses. Die genaue Liste der in der Gewitterstürm am Sonnabend verunglückten Matrosen ist folgende: Oberbootsmannsmaat Bötzger-Kappeln an der Schlei; die Matrosen Skarupfe-Scheffelt bei Ekersförde; Kutsa-Schmehl, Kreis Memel; Köppler-Kalkofen, Kreis Usedom; Offen-Mnor, Kreis Apenrade; und Rasmussen-Flensburg. Die Liste der Verunglückten ist mithin um eine Person vermehrt worden. — Todlicher Unfall, herbeigeführt durch eine Autodrolche. Am Sonntag nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr kam in der verlängerten Holstentrafte bei der Schwenbrücke eine junge Frau, die hinter einem Straßenbahnwagen verüber auf die andere Seite der Straße wollte, vor eine von der entgegengesetzten Seite kommende rote Autodrolche. Die Frau wurde überfahren und durch Spalten der Schindeldecke auf der Stelle getötet. Die Getötete führt den Namen Rebehn.

Bremen. Verzweiflungstat einer Mutter. Eine Ehefrau aus der Wolfmühschauer Vorstadt in Bremen verurteilte sich und ihre beiden Kinder, Töchter im Alter von 4½ und 2½ Jahren, zu töten. Der Hauseigenümer vernahm morgens kurz nach 6 Uhr ein starkes Röcheln aus der Etage. Als er sich heraufbegab, bemerkte er starken Gasgeruch, der der Küche entströmte. Als er die Tür geöffnet hatte, sah er die Ehefrau mit ihren Kindern auf einigen Bettfedern in der Küche liegen. Beide Säuglinge des Gaserbes waren ohnehin, die Küche war voller Gas. Der Hauswirt öffnete sofort die Fenster und benachrichtigte die Feuerwehr, die den Gasesstoffapparat bei allen drei Personen mit Erfolg anwandte. Sie wurden in das Breitenkrankenhaus gebracht. Der Mann der unglücklichen Frau hat sich kürzlich mit einer anderen aus Bremen auf und davon gemacht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schwan, Druck: Friedr. Meyer & Co. Samstags in Lübeck.

Neue Ergänzungen besonders praktischer und besonders schöner

Kinder-Wasch-Kleider

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen.



Russen-Kittel mit Borten besetzt, für das Alter von 1 bis 4 Jahren Einheitspreis 65	Wasch-Kleidchen einfarbiger Wiener Waschstoff, Grösse 45 bis 80 cm Einheitspreis 250	Wasch-Kleider mit Borten und Gürtel, Grösse 65 cm bis 105 cm Einheitspreis 310
---	--	--

Letzte Neuheit

„Kronprinzen-Kleider“

amerikanische Bluse mit passendem, schwarz-weiß kariertem Falten-Rock, äusserst kleidsam für das Alter von **650** für das Alter von **750** für das Alter von **850**
 4-6 Jahren . . . 6.75 7-9 Jahren . . . 7.75 10-12 Jahren . . . 8.75
 Grösse 60-70 cm . . . 6.75 Grösse 75-85 cm . . . 7.75 Grösse 90-100 cm . . . 8.75

Bis Pfingsten erhält jedes Kind ein **Spielzeug gratis!**

Jede Grösse 2.50 M.

Jede Grösse 3.10 M.

Billige Extra-Angebote in allen andern Abteilungen unseres Spezialhauses.

Gebr. Hirschfeld Lübeck **Breite Str. 39/41**

4175

Eleg. Kinderwagen (Beddige) mit Nickel und Gummiräder preiswert zu verkaufen. (4166) Schwartauer Allee 185, I.

Eine Sobelbank billig zu verkaufen. (4165) Stöckelsdorf, Ahrensböcker Str. 26.

Ein Anzug für schlanke Figur, billig zu verk. (4168) Madenstraße 16a, I.

Ein Herren-Fahrrad mit Freilauf und Rücktrittbremse, billig zu verk. Gewerbestr. 32, I.

Frisiergeschäft nahe Lübeck in wegen andernweiliger Unternehmung billig zu verk. Aug. u. S. M. an die Exped. d. Bl.

Billich zu verkaufen: weid. Kadetts, mehrere weiße Kleider, Kostüme, Reithosen und verschiedene Sachen. (4177) Mariestraße 28.

Ein fast neuer Klappspornwagen und ein Kinder-Klappstuhl zu verkaufen. (4161) Devenau 5, I.

Ein fast neuer Kinderwagen billig zu verkaufen. (4162) Mollersbühl 55.

Guterhalt. Kinderwagen billig zu verkaufen. (4163) An der Mauer 116, bei r. 1. etg. 15.

Ein Teppich zu verkaufen. Gewerbestr. 21, 3.

Ein Widder-Kaninchen Hammel, edle Rasse, zu verkaufen. Engelsw. Lörweg 89, D. 5, I.

Eine gute lederne Geldtasche zum Anhängen zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter M. L. 21 an die Expedition dieses Blattes.

Bellona in Stöckelsdorf eine Damenstube nebst Kette. Gegen Belohnung abzugeben. (4168) H. Grieb, Ahrensböcker Straße 70.

Serienwanderungen. Dienstag, den 2. Juni: Knaben nach Schönberg 45 Pfg. Mädchen nach Schwartau 10 Pfg. Mittwoch, den 3. Juni: Knaben nach Schwartau 10 Pfg. Mädchen nach Schönberg 45 Pfg. Karten für Schüler und Schülerinnen sind bis Freitag, d. 24. Mai zu haben bei E. Krüger, Schulstr. 12a, V. Rein, Wühlentw. 82, K. Sahmann, Gewerbestr. 33, O. Wessel, Mollersbühl Allee 4a. (4173)

Deutscher Bauarbeiter-Verbd. Zweigverein Lübeck. Jugendabteilung.

Gute Dienstag, 8 1/2 Uhr: Außerordentl. Zusammenkunft im „Gewerkschaftshaus“. (4167) Die Jugendkommission.

Plakate

betr. Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungsmitteln und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der Buchdruckerei d. Lüb. Volksb. Johannisstr. 46.

Goethes Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.



Das große Format. (4170)

Hansa-Meierei G. m. b. H.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei des Lüb. Volksboten. Johannisstraße 46.

Holsten-Meierei

Fernruf 2336 Wickestr. 44 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126)

Kränze

Buketts u. Girlanden (127) liefert billigst

Fr. Schmidt Bülowstraße 11, Markt und Dornestraße 16 a, Holstentor. Fernsprecher 1113.

Für Schuhmacher-Meister! Neu eingetroffen: Garantiert prima **Coupons** zu 2,47 M. Befehl zwanglos wie immer. Kühl, Fischstr. 34.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Speziallager für Manufakturwaren

Königstrasse 111

empfehl

4035

Sommer-Stoffe

neue Dessins in modernen Stoffen.

Badelaken in diversen Grössen

Waschröcke in grau Leinen und gestreift

Kadetts für Knaben-Anzüge

Makkowäsche in Hemden, Hosen und Jacken

Einsatz-Hemden praktischer Einsatz für Oberhemde

Rucksäcke für Erwachsene und Kinder

Russen-Kittel in diversen Grössen

Strümpfe und Söckchen in Wolle und Baumwolle

Handschuhe weiss, schwarz und farbig

Sommer-Sweater u. Höschen für Kinder

Handtaschen moderne Sachen für Damen und Kinder

Gürtel für Damen und Kinder

Kartell-Versammlung

am Mittwoch, dem 27. Mai

abends 8 1/4 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Gewerkschaftsfest.
3. Eingänge.

Pflicht der Delegierten ist es, sämtlich zu erscheinen.

Das Regulatorium ist zur Kontrolle vorzulegen.

(4168) Die Kartellkommission.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung

für die Mitglieder der Waren-abgabestelle

Kottwitzstraße

am Donnerstag, dem 28. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im Restaurant „Neulauerhof“.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht und Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Verschiedenes.

Um recht zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bittet (4166)

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein. Schwartau-Rensefeld.

Frauen-Versammlung am Mittwoch, dem 27. Mai

abends 8 1/2 Uhr

im Lokale d. Hrn. Hilprecht (Gasthof Transvaal).

Um recht rege Beteiligung bittet (4181) Die Vertrauensperson.

Stadthallen-Sommertheater.

Dienstag, den 26. Mai 1914

Anfang 8 1/4 Uhr:

Novität! **Eine unmögliche Frau.**

Schauspiel von Lenz.

Mittwoch, den 27. Mai 1914

Anfang 8 1/4 Uhr:

Auftreten von Direktor Horwitz. Wiederholung der am Sonntag vor fast ausverkauftem Hause gegebenen

Operette: **Der Rastelbinder.**

Operette von Lehar.

„Wolf Bar Pfefferkorn“, Direktor

Victor Horwitz.

Donnerstag, den 28. Mai 1914

abends 8 1/4 Uhr:

Wiederholung d. alligigen Schwantes **Der ungetreue Eckehart**

von Sturm.

Vorverkauf zu allen Vorstellungen:

Zigarrenhandlung Otto Borchert.

Musikalienhandlg. F. W. Kalbel.

Rudolph Karstadt.

Dutzendkarten haben zu allen Vorstellungen Gültigkeit. (4167)

Sommertheater

in Fritz Rittschers Hansatheater.

Dir. Ernst Albert.

Mittwoch, den 27. Mai.

Der Sonntag mit stürmischen durchschlagenden Erfolg gegebene Operettenlager von Gilbert:

Fräulein Trallala.

Im 3. Akt wird Herr Carl Wilhelm als Werneuchen eine Einlage singen.

Donnerstag, den 28. Mai:

Der in Breußen verbotene aufsehenerregende historische Schwank von

Max Dreyer:

Tal des Lebens.

Vorverkauf bei Fr. Nagel u. Fr. Sager. Dasselbst auch Dutzendkarten gültig zu allen Vorstellungen.

Anfang 8 1/4 Uhr. (4174)

Das mexikanische Volk und sein Freiheitskampf.

Aus Newyork wird uns geschrieben:

Während Präsident Wilson sich nach Diplomaten umschaut, die in der mexikanisch-amerikanischen Vermittlungs-Konferenz die Interessen Oukel Sams wahrnehmen sollen, hat Mexikos Proletariat mit einem Buche unseres Genossen L. Gutierrez de Lara, betitelt: „Das mexikanische Volk und sein Freiheitskampf“, eine Botschaft an das Volk der Vereinigten Staaten gerichtet, die auch außerhalb der beiden zunächst beteiligten Länder gehört zu werden verdient. Das Buch wirkt um die Sympathien der freiheitsliebenden Welt für die mexikanische Revolution und um Gerechtigkeit für ihren militärischen Führer, Francisco Villa, der von der kapitalistischen Presse Europas wie Amerikas wild verleumdet und, wie die Revolutionäre aller Zeiten, als Räuber und Mörder verfahren worden ist. (Zumal die mexikanischen und amerikanischen Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ haben sich ganze Kriminalromane über Villa zusammengelogen, um sich nebenbei mit ihren verächtlich absprechenden Urteilen über seine militärischen Fähigkeiten und die Aussichten seiner Sache unsterblich zu blamieren.) Lara spricht nicht als Diktator, war er doch schon in der Zeit des Diaz-Regimes einer der aktivsten Führer der Revolutionäre. Auf Befehl des Diktators wurde damals ein Todesurteil über ihn ausgesprochen, Lara aber entkam, als Bahnarbeiter verkleidet, auf einer Lokomotive, die ihn nach den Vereinigten Staaten brachte. Im gelobten Lande der „Freiheit“ schmachtete er später längere Zeit im Gefängnis, und zwar als Opfer der Wühlereien besoldeter Spione des alten Diaz, denen es nur infolge der Wachsamkeit der sozialistischen Partei nicht gelang, die Auslieferung Laras nach Mexiko durchzuführen. Im Gefängnis begann unser Genosse sein Buch zu schreiben, das zu keinem günstigeren Zeitpunkt erscheinen konnte, um die amerikanische Öffentlichkeit — in der ohnedies von Kriegsstimmung herzlich wenig zu spüren ist — gegen das tagtäglich von der „gelben“ Presse ausgebreitete Gift der Völkerverhetzung immun zu machen. In Laras Publikation kommt sowohl die Ideologie der mexikanischen Revolutionäre — die schon durch ihre Bezeichnung als „Konstitutionalisten“, das heißt als Verfechter der radikal-demokratischen und pfaffenfeindlichen Konstitution von 1857, umschrieben wird — wie auch der wirtschaftlich-soziale und aktuell-politische Inhalt der unbesiegligen Revolutionsbewegung zum klarsten Ausdruck, und die ergreifende Schilderung der vierzigjährigen Kämpfe um die Wiederherstellung der demokratischen Verfassung wird mit der affenmäßigen Darstellung der Enteignung des mexikanischen Bauernstandes unter Diaz und der Herabdrückung der freien Farmer zu „Peons“, das heißt so gut wie leibeigenen, recht- und beschloßen Landarbeitern verbunden. Es war nackter Raub, von einem militärischen Despoten und seiner Sippe auf administrativem Wege verübt — man „konfiszierte“ einfach alles Land, dessen Inhaber ihre Besitztitel nicht innerhalb einer kurz bemessenen Frist mit den gehörigen Formalitäten höherer Ortes registrieren ließen, und von einer solchen Registrierung konnte, wie die Diaz und Konsorten wußten, natürlich schon wegen der Ignoranz der damaligen mexikanischen Landbevölkerung nicht die Rede sein. „Infolge dieser großen Landüber-

reten“, schreibt Lara, „gehört z. B. das Tal von Pantla, das einst eine Bevölkerung von 20 000 unabhängigen Bauern ernährte, heutzutage einer einzigen reichen Familie. Der ganze Staat Chihuahua ist Privatbesitz dreier Familien, und das Haupt der reichsten dieser Familien hat den Ruf, der größte Viehzüchter der Welt zu sein. Im Staate Morelos — in dem die Zapatistenbewegung als natürliche Folge dieser Zustände ihren Anfang nahm — befindet sich jeder Quadratfuß landwirtschaftlichen Bodens im Besitze von vier Männern, deren einer der Schwiegerjohn Diaz' ist, und 200 000 ermittelte Farmer, jetzt landlose Peons, bebauen den Boden bei einem Durchschnittslohn von 12 Pennies den Tag.“ Die Villische Revolution, wie schon die Zapatistenbewegung, wurde von den Peons, dem Proletariat getragen, und was die Peons wollen, ist nach Lara nichts anderes als die Neuverteilung („Demokratisierung“) des Landes, mit der endlichen Wiederaufrichtung der mexikanischen Demokratie. Die gesamte arbeitende Klasse der „Republik“, heißt es in dem Buch, dieselbe Klasse, die Madero zum Präsidenten machte und von ihm veratet wurde, hat sich erhoben, und die einzige Rettung der herrschenden Klasse — darin liegt natürlich der Kern der Laraschen Botschaft an das amerikanische Volk — würde eine Intervention von außen sein. Lara schließt sein Buch mit folgenden, im Dezember vorigen Jahres im mexikanischen Rebellenstaat Sonora geschriebenen Worten: „Mit dem siegreichen Fortschritt der Revolution und der im Gange befindlichen Neuverteilung des Landes ist das Klassenbewußtsein der Peons immer bestimmter und aggressiver geworden, und dieses entschiedene Bewußtsein der eigenen Bedürfnisse und Macht ist Gewähr genug, daß, wie immer ihre Führer sich entwickeln werden, sie selber niemals von ihrem letzten Ziele, der Demokratisierung des Grundes und Bodens, ablassen werden.“ Villa ist nach Lara der echte Repräsentant der kämpfenden Landproletarier und selber ein aus eigener Kraft hochgekommener, ursprünglich völlig ignoranter Peon. Daß er, wie behauptet worden ist, vier Jahre wegen Straßenraubes im Zuchthaus gesessen oder überhaupt jemals wegen irgendeiner strafbaren Handlung angeklagt oder verurteilt worden sei, ist, wie in dem Buche festgestellt wird, einfach erfunden. Tatsächlich ist Villa ein ehrlicher Freiheitskämpfer, der seit zehn Jahren immer in den vordersten Reihen gestanden hat, aber freilich von den amerikanischen und englischen Delspekulanten mit Zug fanatisch gehaßt wird. Villa mag nicht so übermäßig strupulos sein, wie ein Madero, dem diese Eigenschaft bekanntlich schlecht bekommen ist, aber es scheint kein Zweifel, daß er das Vertrauen der breiten Masse der mexikanischen Bevölkerung, selbst in den noch von der Huertischen Regierung beherrschten Landesteilen genießt (sogar die Berichte aller kürzlich in Newyork gelandeten deutschen Flüchtlinge von Tampico, die meist gegen ihren Willen an Bord gebracht wurden, sprechen hierfür.) Bei alledem ist es noch lange nicht gesagt, daß die Klärung der mexikanischen Frage, zu der die Schrift des Genossen Lara — mit dessen Ausführungen übrigens alle Erklärungen Villas aus jüngster Zeit durchaus harmonieren — so wesentlich beigetragen hat, die Gefahr der Ausartung der amerikanischen „Strafexpedition“ zu einem Invasionskriege beseitigt hätte. Zwar in der intellektuell gerüsteten Bürgerpresse Newyorks hat das Buch Stimmen wie die folgende ausgelöst: „Die Mexikaner kämpfen für dieselbe Sache, für die das Volk über-

all kämpft, nämlich für das Recht, zu arbeiten und menschenwürdig zu leben. Wir haben keinen Konflikt mit Leuten, die solche Ziele verfolgen. Wir sympathisieren mit ihnen. Wir wollen sie nicht todschießen, sondern ihnen helfen, wenn wir können.“ Auch Wilson und Bryan scheinen jetzt darauf bedacht, den Krieg zu vermeiden, der Huerta nur stützen kann. Aber die interessierten Kriegsheker geben darum ihr Spiel noch nicht verloren, ist ihnen doch der ehrliche Proletarier Villa als künftiger Machthaber jenseits des Rio Grande noch verhafter, als „Villa, der Bandit“.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das gefährliche Streikpostengesetz.

Als im teuren Vaterlande von allen Seiten nach dem rettenden Streikpostengesetz gerufen wurde, konnten die Konservativen in Sachsen nicht schweigen. Der Ausschuß der im konservativen Landesverein vereinigten sächsischen Industriellen ersuchte die Mitglieder des Verbandes sächsischer Industrieller in einem Rundschreiben, einer an die Staatsregierung gerichteten Entschließung zuzustimmen, die für einen erweiterten Arbeitswilligensschutz, besonders für ein Verbot des Streikpostenstehens eintritt. Der Verband sächsischer Industrieller ist aber der Ansicht, daß ein Arbeitswilligensschutzgesetz nicht nötig ist. Er hat erwidert, „daß für die praktische Beseitigung der Schäden, die sich aus den heutigen Verhältnissen ergeben, neben der Unterstützung der nationalen Arbeiterorganisationen nur der Weg übrig bleibt, den der Verband sächsischer Industrieller bereits gewiesen hat, nämlich durch energische Anwendung der bestehenden Gesetzesbestimmungen, durch Ausbildung besonderer Beamten, dem Anwesen des Streikpostenstehens wirksam entgegenzutreten und dem Arbeitgeber auf diese Weise einen praktischen Schutz zu gewähren, der ihm durch die ausschließliche und für ihn selbst bedenkliche Forderung eines besonderen Streikpostengesetzes nicht gewährt werden könne.“

Also weshalb denn in die Ferne schweifen, da das Gute so nahe liegt?! Aber die konservativen Scharfmacher werden über den Standpunkt der sächsischen Industriellen doch bedenklich den Kopf schütteln.

Keine Auflösung der nationalliberalen Sondergruppe.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Nationalliberalen Partei Deutschlands, berichtet:

„Der Geschäftsführende Ausschuß hat durch seinen Unterausschuß am Donnerstag, dem 21. Mai, unter dem Vorsitz des Abg. Dr. v. Krause in Erfüllung des ihm vom Zentralvorstande erteilten Auftrages mit den Vertretern des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend und des Nationalliberalen Reichsverbandes über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Auflösung beider Verbände verhandelt.“

Die in durchaus parteifreundlichem Geiste geführte Besprechung ergab den allseitigen guten Willen, etwa vorhandene Unzutrefflichkeiten zu beseitigen. Insbesondere wurde die beiderseitige Bereitwilligkeit und Absicht festgestellt, bei künftigen Meinungsverschiedenheiten streng darauf zu achten, daß die Auseinandersetzungen

In stillen Stunden.

Roman von Erich Schallier.

Fortsetzung.

Die Fischergasse war die älteste Straße der kleinen Stadt. Hier standen noch die alten Giebelhäuser, wie sie vor mehr als hundert Jahren gestanden hatten, nur daß das Alter sie geschwärzt und ihnen ein finsternes und unwirtliches Aussehen verliehen hatte. Sie mochten freundlich ausgesehen haben, als sie neu waren. Jetzt, wo die Balken moosig und faulig geworden waren, wo das Mauerwerk hier und da bedenklich nach außen bückelte, wo der eiserne Beschlag der Fenster vom Roste verborgen und zerfressen war, wo die Türangeln schmerzlich kreischten, wenn man sie bewegte, wo die Steine ein schwarzes und unsauberes Gesicht zeigten — jetzt sah man ihnen deutlich die Armut ihrer Bewohner an. Nun ist es aber mit den alten Häusern wie mit den alten Damen — wenn man ihnen eine feilliche Haube aufsetzt mit langen gestickten Bändern, wenn die silberweißen Haare unter der leichten Haube friedlich herausglimmern, wenn die Augen noch hell und freundlich blicken, dann kann so eine alte Dame ihre ganz eigene Schönheit haben, wenn sie an einem hellen Sonntag nachmittag den wüzigsten Kaffee mit Behagen schlürft. Alle Welt aber weiß, daß eine gewisse Wohlhabenheit mit diesem Bild unzertrennlich verbunden ist. Die mehr als hundertjährigen Giebelhäuser aber hatten keine Wohlhabenheit aufzuweisen, sie kannten keinen Sonntag mit heller Sonne und beschiedenem Lebensgenuß; sie kannten nur einen langen, ewigen Arbeitsstag und so waren sie unlegbar etwas unerquicklich und vernachlässigt in die Jahre gekommen. Nur bei zweien von ihnen traf das nicht zu. In ihnen wohnten zwar kleine Leute, aber immerhin Leute, die auch feilliche Fetten kannten. Diese Häuser nun sahen genau so freundlich aus wie eine alte, zufriedene Frau, die uns mit einem Lächeln zunickt. Alte zufriedene Frauen aber, die uns mit einem Lächeln zunicken, können häufig noch etwas vom Schalk der Jugend in den Augen haben und genau so erging es auch unseren alten Häusern. Die Mauern waren frisch geputzt, die gestrichelten Balken leuchteten dunkel und munter daraus hervor, die Fensterscheiben waren blank gepugt, die weißen Gardinen von unberührter Frische und hinter den Scheiben grühten fast mit Jugend bunte Blumen in weißen, vergoldeten Porzellantöpfen. Wenn die Sonne schien, sah das alles nicht nur freundlich aus, es war auch etwas vom Schalk der Jugend darin lebendig geblieben; die Kofetterie einer längst verfallenen Mode, die vielleicht von den alternen Kofetodamen stammte, die hier einst mit vorläufigen Fetten über das holperige Pflaster geschritten waren. Um die Wahrheit zu sagen, hatten die Giebelhäuser mit ihrer

altmodischen Kofetterie auch wirklich einen späten Triumph zu verzeichnen. Wenn der Himmel freundlich war und ihren Garten etwas Sonne gönnte, hatten sie mehr (und vor allem bessere und schürzere) Besucher als das junge Häufchen, das sich inzwischen in der Fischergasse angelagert hatte. Das war aber auch ein finsternes und freundloses Volk, das da herangewachsen war, dagegen die alten Giebelhäuser, aber sie legten es nie, um den Frieden der Nachbarschaft nicht zu stören und um nicht als böswütig und gefährlich zu erscheinen. Neu war das ja alles, und gerade in den Linien und von feinen soliden Steinen, aber gar nicht ein wenig gepugt und hergerichtet, wie ein junges Französiner doch sein muß, wenn sie Eindruck machen will. Es war eckförmig, wie wenig diese neue Jugend auf ihr Aussehen gab, dachten die alten Giebelhäuser und jamten den Schönheiten ihrer eigenen Jugend nach. Damals hatte man es wohl verstanden. Ja, damals! Wie bunt und schön war das gewesen!

Die beiden alten Häuser aber standen mit ihrem Aussehen allein; sie waren der zierliche Sonntag im Alltagsbild der Fischergasse, und das Alltagsbild war alt, vernachlässigt und arm. Die Bewohner nagelten fest, was gerade herunterfallen wollte, und ließen im übrigen die Dinge liegen, wie sie seit Menschengedenken immer gelegen hatten. Der Magistrat selber hatte sich dem konservativen Zuge der Fischergasse angeschlossen. Als die übrigen Straßen der Stadt neu gepflastert wurden, ließ man der Fischergasse allein das Vorrecht der alten holperigen Pflastersteine, die dort von jeder die Füße der Bewohner malträtirt hatten. Auch in der Beleuchtung scheute man sich, eine Änderung einzuführen, um das organische Bild des Ganzen nicht zu stören. Die Fischergasse blieb dunkel, wie sie immer im Dunkeln gelegen hatte. Nur unten an der Ecke hatte man an der Häusermauer einen Laternenarm angebracht, gleichsam einen einzigen Vorposten des sonstigen städtischen Lebens. Im übrigen sahen die alten Giebelhäuser dasselbe Bild, das sie immer gesehen hatten, und wer an einem kühnen Herbstabend hier durchging, hatte das Gefühl, durch eine alte und finstere Vergangenheit zu schreiten.

Die Fischergasse führte etwas bergab und mündete unten in den breiten, aber wenig bewohnten Weg zum Hafen. Die Stadt hörte hier im Grunde schon auf und Hafen und Meer nahmen ihren Anfang. Die alten Fischer, von denen die Straße ihren Namen hatte, hatten offenbar dem Meere näher sein wollen, als der Stadt. Wenn man die holperige Gasse nun bergab schritt, lag auf der linken Seite ein altes Giebelhaus, das schwarzlicher, ärmer und unwirtlicher ausah als irgendeins der anderen. Es war wohl das älteste Haus in der ganzen Gasse, aber zugleich war es auch das unordentlichste und in seinem Äußern geradezu zigeunerhaft vermahllott. Die uralte Haustür war in der Mitte waagrecht geöffnet. Die Fischergasse führte etwas bergab und mündete unten

teilt; zwei tief ausgehauene Steinstufen führten zu ihr empor und aus der Mauer sprang eine alte blaue Steinbank, gleichsam als Geländer heraus. Im Erdgeschoß befand sich, außer dem müßigen dunklen Flur, ein größeres Zimmer zur Straße und ein ebenso großes nach hinten hinaus. Eine schmale ähnelnde Stiege führte in den Giebel hinauf, und auch hier befanden sich zwei niedrige Zimmer, von denen das eine in die Fischergasse und das andere in einen engen verwahrlosten und übel duftenden Hof hinauschaute, dann waren dort oben noch zwei schräge, langgestreckte Dachkammern.

Das Haus gehörte dem Schuhmacher Engelbrecht, der es von seinem Vater, einem Fischer aus einer alten Fischerfamilie, geerbt hatte. Engelbrecht war ein stiller und etwas scheuer Bursche gewesen, mehr fürs Zimmer als fürs Meer geschaffen, und so hatte man ihn zu einem Schuster in die Lehre gegeben. Mit seinen Altersgenossen verkehrte er fast gar nicht, er suchte vielmehr die Einsamkeit und gab einem leisen Haug zum Gähneln nach. Um so verblüffender wirkte es, als eines Tages bekannt wurde, daß er sich mit einem derben Französiner verheiratet wollte, die wegen ihres gottbergehenden Manes und ihres sehr irdischen Lebenswandels jedem einzelnen bekannt war. Es war aber eben die Derbheit und die unverfrorene Sicherheit, die den ängstlichen und etwas menschenflüchtigen Engelbrecht angezogen hatten, und das Weibsbild ihrerseits meinte, daß sie ihm die „Graben“ schon nehmen werde, wenn sie nur erst ihn und das eben ererbte Haus in ihren beiden Händen habe.

Die persönlichen Grabben und Schrüllen nahm sie ihm denn auch wirklich weg, aber doch in einer etwas anderen Weise, als sich Engelbrecht das ursprünglich gedacht haben mochte.

Sie setzte nämlich in der Ehe ihr altes, ungebundenes Leben fort, gab sich offen und rüchhaltig ihrer derben Sinnlichkeit hin, und Engelbrecht, der nie viel gesagt hatte, verstummte nunmehr ganz. Die einsamen Spaziergänge und das sonderbare Hängen über irgendeinem alten Buche hörten freilich auf. In dem hinteren Zimmer des Erdgeschosses, das gleichzeitig als Küche diente, saß Engelbrecht auf einem Bock und hämmerte, hämmerte vom frühen Morgen bis zum späten Abend und jahraus, jahrein in der immer gleichen Weise. In diesem Punkte war er von der tüchtigen Gattin nun wirklich zu einem ausgezeichneten Chemanne erzogen worden.

Die Jahre gingen über Engelbrecht dahin und er schrumpfte etwas auf seinem Sitze zusammen; die Haare waren schon lange grau geworden, das Gesicht faltig und die hellen wasserblauen Augen machten einen erschöpfenden Eindruck, wenn er einmal mit einem kurzen scheinigen Blick von der Arbeit aufschah. Das monotone Hämmern aber war in all den Jahren dasselbe geblieben. Am silbernen Hochzeit-

nach Ton und Form sich in den durch die Zugehörigkeit zu derselben Partei gebotenen Grenzen halten. Man vereinbarte, bei etwaigen Differenzen eine Verständigung durch Vermittlung des Geschäftsführenden Ausschusses zu versuchen.

Die Vertreter beider Verbände bezeichneten in eingehender Begründung die Erhaltung ihrer Verbände im Parteinteresse als notwendig und deren Auflösung als undurchführbar. Dagegen wurde auf beiden Seiten der Wunsch laut, zu einer häufigeren persönlichen Fühlungnahme zu gelangen, um Meinungsverschiedenheiten möglichst auszugleichen und Streitigkeiten vorzubeugen. Der Geschäftsführende Ausschuss wird nunmehr zu diesem Ergebnis der Verhandlung Stellung zu nehmen haben.

Wenn die Trauben zu sauer sind !

Die sozialdemokratische Stichwahlparole für Stenbal-Osterburg wird von den Konservativen wieder einmal dazu benützt, sich auf das hohe Pferd der Prinzipienreinheit zu setzen. Nachdem die Konservativen keine Auslast haben, sozialdemokratische Stimmen zu bekommen, sagt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die Konservativen aber gehen mit blankem Schild, als unabhängige und aufrechte Vertreter der Landwirtschaft wie der gesamten nationalen Interessen, der Entscheidung entgegen.“

Mit blankem Schild aus dem Wahlkampf hervorzugehen, ist in diesem Falle keine Kunst und kein Verdienst. Die Trauben hingen eben zu hoch und deshalb waren sie den konservativen Fächern zu sauer. Die Fälle Dade, Bolfo, Mübler usw. zeigen, daß die Konservativen auch bereit sind, den Schild weniger blank zu halten, wenn sie sozialdemokratische Stimmen bekommen können.

Der Kongress der serbischen Sozialdemokratie.

Vor einigen Tagen fand in Belgrad der Kongress der sozialdemokratischen Partei Serbiens statt. Es war der erste Kongress nach den Kriegen. 128 Delegierte, davon 3 aus den neuen Provinzen, nahmen daran teil.

Der Kongress, einer der wichtigsten, den unsere serbische Bruderpartei abgehalten hat, zeigte, daß die sozialdemokratische Partei in alle Gegenden Serbiens, wo sich Arbeiter befinden, vorgebracht ist, daß sich die politischen Organisationen in bemerkenswerter Weise entwickelt haben und daß sie tapfere und entschlossene Genossen in ihren Reihen zählen.

Die Eröffnungsrede des Kongresses hielt der Parteisekretär Genosse Dr. Lapšević, einer der ältesten Genossen, der seinerzeit zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und infolge der allgemeinen Amnestie kürzlich befreit worden ist. Den Kongress leitete als Vorsitzender Genosse Kalašnik, der nach einer kurzen Ansprache das Wort den Delegierten der Bruderparteien überließ. Es waren die Parteien aus Österreich, Ungarn, Bulgarien und die kroatische und tschechische Partei vertreten. Besonderer Beifall zollte der Kongress dem Vertreter der bulgarischen Sozialdemokratie, dem Genossen Sakajow. Er führte aus: „Unsere Soldaten und die Curigen lebten lange Zeit wie Brüder. Aber die Intriguen der Diplomaten, der Imperialismus und der Despotismus unterer Dynastien haben sie in einen brüderlichen Krieg geführt.“ Im Verlauf seiner Rede entwarf er ein Bild der politischen Lage auf dem Balkan. Niemals und nirgends seien die Bedingungen für die Errichtung einer föderierten Republik auf dem Balkan günstiger gewesen als gegenwärtig. Bulgarien hat in den beiden Kriegen 100 000 Menschen verloren und eine Milliarde Schulden gewonnen. Überall herrscht der Hunger und das Elend. Eine tiefe Unzufriedenheit durchdringt das Volk. Sie hat ihren Ausdruck bei den letzten Wahlen gefunden, welche 37 sozialdemokratische Delegierte in das bulgarische Parlament brachten.

Der Kongress nahm alsdann die Berichte des Parteisekretärs und des Kassierers entgegen. Es folgten Referate über das allgemeine Wahlrecht zum serbischen Parlamente, über den Militarismus und anderes. Entsprechende Resolutionen fanden Annahme. Darunter in eine Resolution über die Lage, die durch die Kriege auf dem Balkan geschaffen worden ist. Der Kongress verlangt die Einführung der Selbst-

verwaltung in den von Serbien eroberten Provinzen, die politische Gleichheit der Bewohner dieser Provinzen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion und der Nationalität; die Abschaffung des Feudalregimes, soweit es noch in Kraft ist. Grund und Boden soll denen gehören, die ihn bearbeiten. Der Kongress hat außerdem einen Aufruf an das serbische Proletariat, sowohl wie an das Proletariat der anderen Balkanstaaten erlassen, alle Kraft daran zu setzen, um einen engen Zusammenschluß der Balkanvölker herbeizuführen, damit so der Errichtung einer föderierten Republik aller Balkanstaaten vorgearbeitet werde.

Nach dem Kongress fand eine große Demonstration für die Annäherung Bulgariens und Serbiens statt. Diese Demonstration, sowie der ganze Kongress haben bewiesen, daß die Sozialdemokratie die fürchtbare Zeit der politischen Entwicklungen überstanden hat und daß sie allein im Stande ist, die Balkanfrage, die durch die Diplomaten der großen militärischen Mächte immer unheilvoller verwirrt wird, zu lösen.

Aus der Partei.

Über Politik darf in Ostpreußen nicht gesprochen werden. In Splitter, einem Vororte Tilsits sollte am Himmelfahrtstage eine öffentliche politische Volksversammlung im Garten eines Restaurants stattfinden, da der Saal kürzlich abgebrannt ist. Doch der Amtsvorsteher versagte die Genehmigung zum Abhalten der Versammlung und zwar landte er an den Einberufer, Genossen Wolff-Tiltsit folgenden Bescheid: „Die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen politischen Versammlung unter freiem Himmel am Himmelfahrtstage, Donnerstag, dem 21. Mai 1914 bei Herrn Roslin in Splitter muß aus folgenden Gründen versagt werden. In Splitter und Schillingen ist noch eine große ländliche Bevölkerung von stark religiösem Sinn vorhanden, welche den Bestrebungen und Zielen der Sozialdemokratie durchaus abgeneigt ist. Diese Bevölkerung würde es als eine Herausforderung betrachten, wenn eine sozialdemokratische Versammlung am Himmelfahrtstage, einem hohen christlichen Feiertage, abgehalten werden sollte. Es liegt daher die Befürchtung vor, daß die Versammlung Gelegenheit zu Reibungen und Ausschreitungen unter den einander gegenüberstehenden Parteien und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit geben kann. Gen. Sommer“ — Dieser Bescheid ist selbstverständlich ungeschicklich, da der Amtsvorsteher nicht eine Tatsache für seine Vermutungen anführen kann. Doch es kommt noch besser. Genosse Wolff hielt in der Schankstube des Lokals eine Mitgliederversammlung ab und eröffnete der Hitze wegen die Fenster. Hierauf trat Wachtmeister Heidemann hinzu und sagte, über Finanzreform dürfe nicht gesprochen werden, überhaupt dürfe über kein politisches Thema geredet werden. Wolff wies darauf hin, daß an der Tür sich ein Schild mit der Aufschrift: „Geschlossene Gesellschaft“ befände, worauf er kurze Zeit unhellig blieb. Bald aber wurde er wieder von dem Gendarmen unterbrochen, der ihm sagte: „Wenn Sie in dem Tone weiter über Politik reden, löse ich die Versammlung auf.“ Und als Genosse Wolff fragte, ob der Gendarm auch in einer Mitglieder-Versammlung nicht über Politik reden lasse, antwortete der Beamte schließlich — nein!! Die Versammlung wurde darauf geschlossen. Es waren nicht weniger als sieben Gendarmen aufgeboten! Natürlich wird Beschwerde eingelegt.

Sozialdemokraten im Schulvorstand überflüssig? Der Landrat des Saalkreises (Umgebung von Halle a. S.), ein Herr mit dem hochheiligen Namen v. Krosigk, macht ängstlich besorgt darüber, daß in den seiner Gewalt unterstehenden Orten nicht etwa Sozialdemokraten in Schulvorstände tätig sind. Seitdem einmal das Furchtbare sich ereignet hat, daß ein Sozi doch beständig wurde und dessen nachträgliche Besetzung von dem Amte einige Mühe kostete, übt man ein schärferes Kontrollverfahren aus. Über in einer Reihe von Arbeitergemeinden waren trotz alledem in diesem Frühjahr wieder Sozialdemokraten mit in den Schulvorstand gewählt worden, und zwar in allen Fällen durch einstimmigen Beschluß der Gemeindevertretungen mit bürgerlichen Mehrheiten! Doch keiner von ihnen erhielt die landrätliche Bestätigung. Aus den bekannnten Gründen: „Schule ist Staatsanangelegenheit, Sozialdemokraten sind Staatsfeinde.“ Und so weiter. — In dem kleinen Orte Wöllberg blieb die Gemeindevertretung standhaft und wählte neben zwei bürgerlichen den abgelehnten Sozialdemokraten Vogel bei der vom Landrat angeordneten Neuwahl wiederum in den Schulvorstand. Un-

ter der Begründung, daß es im Dorfe keinen Menschen gebe, der größeres Interesse für alle Schulangelegenheiten bekundet habe wie der Sozialdemokrat, und weil man von niemandem unter den Gemeindegürgern eine stärkere Förderung des Schulwesens erwarten könne, als von dem Sozialdemokraten. Jetzt ist vom Landrat die Nachricht eingelaufen, daß die Bestätigung Vogels auch nach der neuen Wahl versagt wird. Und weiter hieß es in dem Schreiben, eine dritte Wahl sei nicht nötig, weil die kleine Dorfgemeinde an zwei Schulvorstandsmitgliedern genug habe! Ein merkwürdiges Verfahren, den Sozialdemokraten an der Ausübung eines bürgerlichen Vertrauensamtes zu hindern. Nicht gerade genial, aber auch nicht ungeschickt, jedenfalls aber weniger tapfer als die von preussischen Landräten sonst beliebte offene Proklamation von der Nützlichkeit der sozialdemokratischen Staatsbürger. Hat man vielleicht gar in den Landratsstuben die aufreizende Wirkung dieser brutalen Unterdrückungspolitik empfunden?

Sozialdemokrat — eine Beleidigung. Vor dem Kölner Schöffengericht hatte sich im Offizialverfahren ein Bahnarbeiter aus Köln zu verantworten, weil er seinen Schwager, den Hilfsweichensteller B., durch die Behauptung, dieser sei Mitglied des „sozialdemokratischen Eisenbahnerverbandes, beleidigt haben soll. Der als Zeuge vernommene Hilfsweichensteller bekundete, er sei von seinem Vorgesetzten zur Rede gestellt worden, und man habe ihm gesagt, wenn er das nicht anzeige, müsse angenommen werden, daß die Behauptung wahr sei. Es sei unwahr, daß er je in einer solchen Versammlung gewesen sei, jeder, der die Besuche werde entlassen. Das Gericht nahm an, daß der Beweis der Wahrheit nicht erbracht sei, und der Angeklagte den Zeugen habe beleidigen wollen. Er erhielt eine Geldstrafe von 10 M.

Die sozialistische Einigung in England. Im Anschluß an die Forderung der Fabianischen Gesellschaft hat sich die Mehrheit der Mitglieder der British Socialist Party durch ein Referendum für die sozialistische Einigung und für den Anschluß der Partei an die Arbeiterpartei ausgesprochen. Der offizielle Anschluß an die Arbeiterpartei, sowie die Bildung des gemeinschaftlichen sozialistischen Rats wird nach der am 20. Juni stattfindenden Vorstandssitzung erfolgen, so daß wir noch in diesem Sommer in Großbritannien eine geeinigte, wenn auch noch nicht verformolozene sozialistische Partei haben werden. Die Independent Labour Party und die Fabianische Gesellschaft haben sich bekanntlich schon früher für den unter den Auspizien des Internationalen Bureaus gemachten Einigungsvorschlag ausgesprochen, der jetzt ausgeführt wird.

Gemeinschaftsbewegung.

Dachdeckerstreik in Wuzlan. Wie schon vorauszusehen war, ist es nun doch zum Ausstand gekommen. Die Unternehmer wollen, daß der Tarif im Baugewerbe auch für die Dachdecker und Hilfsarbeiter Geltung haben soll. Dagegen wandten sich die Arbeiter mit aller Entschiedenheit. Da ein letzter Versuch zur Einigung an dem ablehenden Verhalten der Dachdeckermeister scheiterte, beschloß eine Versammlung der Dachdecker einstimmig, am Freitag die Arbeit einzustellen.

Rutscher-Ausperrung in Charlottenburg. Die Firma Breiteling, die für die Stadt Charlottenburg die Müllabfuhr beauftragt, hat am Freitag sämtliche bei ihr beschäftigten Rutscher und Verlade-Arbeiter, 91 an der Zahl, ausgesperrt. Der Grund für die Aussperrung soll angeblich darin liegen, daß die Rutscher sich weigerten, am Himmelfahrtstage Müll abzuführen. Seit dem Jahre 1910 ist dieses Verlangen niemals an die Arbeiter gestellt worden. Es lag diesmal kein besonderer Anlaß dafür vor, diese Arbeit am Himmelfahrtstage zu verlangen. Wahrscheinlich ist es daher, daß die Firma sich des Tarifvertrages entledigen möchte, der zwischen ihr und dem Transportarbeiterverband besteht. Der Transportarbeiterverband hat sich schon verschiedentlich bemühen müssen, Differenzen, die während des Tarifvertrages zutage traten, beizulegen; vielfach wurde den Leuten mehr Arbeit zugemutet, als sonst üblich ist. — Die Firma hat jetzt aus ihrer Müllverwertungsfabrik in Seegefeld eine Anzahl Arbeiter nach Charlottenburg als Arbeitswillige dirigiert. Der Transportarbeiterverband bemerkt sich sowohl bei der Direktion, wie auch bei dem Dezerenten des Magistrats von Charlottenburg, Einigungsverhandlungen mit der Firma herbeizuführen. Die Direktion hat aber dem Vorsitzenden des Einigungsamtes auf Anfrage mitgeteilt, daß sie nicht bereit sei, sich dem Einigungsamte zu stellen. Sie will wahrscheinlich versuchen, mit den Streikbrechern, die zum großen Teil ältere

tag hämmerte Engelbrecht wie im ersten Jahre seiner Ehe, nicht ein Gedanke wurde an den Tag verwandt. Frau Engelbrecht hatte allzuviel üppige Hochzeitsstage erlebt, als daß sie gerade auf den allergeistigüthigsten einen entscheidenden Wert legen sollte.

Mit den Extracourten war es nun freilich seit geraumer Zeit vorbei. Frau Engelbrecht hatte jetzt angefaßt, hatte mit einem leisen Schauer von den Freuden ihrer Jugend und ihrer reifen Jahre Abschied genommen und war nahezu etwas ehrbar geworden. Die robuste Kraft des Körpers aber war geblieben, und wenn nach geschäftlich belebten Zeiten irgendwo eine Gasmotorkraft oder ein Tausendmal einer gründlichen Reinigung unterzogen werden sollte, wußte man ihre verdeden Arme zu Ausschütteln sehr zu schätzen. Es kam hinzu, daß sie ihr gutvergeordnetes Maul behalten hatte und die Wägel bei der Arbeit durch ihre unersorgenen Scherze zu elektrifizieren wußte. Es ging alles viel leichter, wenn Frau Engelbrecht dabei war und mitunter stimmte selbst die Hausfrau in das abgemessene Geschöpf ein, wenn sie näher auch ein bewegtes Kopfshütteln als eine Art von Entschuldigungsverfolgung ließ. Kurz: der reiche Sündenbock der Frau Engelbrecht war in Bergeshöhe geraten und die Vorzüge ihrer Arbeitskraft und ihres freien Mundes begannen in den Vordergrund zu treten. Damit aber Jugend und Ehrbarkeit in dem kleinen Städtchen nicht allzu einseitig betont werden sollten, hatte sie zwei Töchter in die Welt gesetzt, ein paar große, starke Frauenzimmer, die den einzigen Lebenslauf der Mutter mit trübsen Krämpfen aufgenommen hatten. Während nun der Mutter eine Art von Absolution zuteil geworden war, blieben die Töchter außerhalb der bürgerlichen Grenzen, und Frau Engelbrecht fand viele Ordnung der Dinge auch völlig gerecht. Einmal war es mit ihr nicht anders gehalten worden, und dann hatte sie wirklich den kleinen Trost des besseren Renommées verdient, nachdem sie von all dem anderen mit einem leichten Schauer harte Abschied nehmen mußten. Im wesentlichen aber hatten die beiden Töchter selber etwas gegen ihre vorgelegte Stellung empfinden. Hatten sie keine offenen Freunde hatten sie doch manchen heimlichen Feind, und besonders dem marastischen Teile der Bevölkerung wurde ihnen eine weitgehende hässliche Duldung entgegengebracht. Der Herrschaftlicher Feind hatte einmal mit der Faust auf den Tisch geschlagen und dabei den Grundbesitz aufgeführt, daß man empfindliche Frauen in der Stadt zur Genüge habe, würdige unangenehme Weiber aber nur diese beiden, die man dann als solche Exemplare mit Entgegensetzungen behandelte. Jetzt war nun freilich keine Autorität des Feindes mehr, aber trotzdem wurde kein Standpunkt des Feindes, als es sich eben bei den Töchtern ha-

hen mochte. Eine persönliche Popularität umfloss die beiden „Stadteltern“, wie man sie unter Anlehnung an ihren Namen und zum Danke für genossene Schäferstunden in der Bevölkerung getauft hatte. Besonders die jüngere von ihnen, die sogenannte „lange Marie“, die von der Mutter das lose Maul geerbt hatte, war nicht nur ein öffentliches Frauenzimmer, sondern auch so etwas wie ein öffentlicher Charakter, deren dreiste Bemerkungen viel belacht und beachtet wurden. Marie war ein langes, grobes, aber ungewöhnlich kräftiges und gesundes Frauenzimmer, von einer sozusagen unterfrosteten verdeden Schönheit. Ihr Gesicht war von einer offenen, dreifachen Sinnlichkeit geprägt und ihre Augen blickten so unbefümmert und selbstbewußt, unter Umständen auch so frech und kalt, als wäre die Jugend der ganzen Stadt für sie nur ein häßlicher Hund, den sie durch einige kräftige Fausthiebe schon zur Ruhe bringen wollte. In ihrer äußeren Erscheinung war sie unter Umständen etwas nachlässig, und unbestimmt nach Bagabundenart, aber ohne je unsauber zu werden oder von ihrem besonderen Reiz etwas einzubüßen. Ihre Bewegungen waren lässig und etwas bequem, von einer verschlafenen Sinnlichkeit, wie sie einer Liebesnacht zu folgen pflegt, gleichfalls als rede sie sich, um aus den kräftigen Gliedern die finnliche Müdigkeit zu verschleppen.

Wenn Marie guter Laune war, konnte sie viel Mutterwitz entfalten, und guter Laune war sie am ehesten, wenn sie bei einem starken Bier in der Schenke saß und sich in kräftigen Scherzen mit Matrosen unterhielt, die in jeder Beziehung an einen sehr starken Tabak gewöhnt waren. Hier sprangen ihr dann bei Glasgeräusch und Tabakqualm die Scherze über die vollen Lippen, die in dem Städtchen als eine seltene und ungewöhnlich lustige Kost beliebt waren. Die Schwester der langen Marie war weniger populär. Obwohl sie nur um einige Jahre älter war, hatte sie nicht das Dicke und Unverwundlichkeit ihrer Schwester; sie zeigte ein weniger gesundes Bild das aber von einem feineren und viel raffinierteren Pinsel gemalt worden war. Auch sie hatte einen großen und kräftigen Körper; aber die Schultern waren leicht nach vorn geschoben und ihr Teint war so bleich und unattraktiv rein, daß sie fast leidend aussehete konnte. Ihr Haar war pechschwarz und in dem bleichen Gesicht brannten zwei dunkle Augen mit einem jaß frankhaften Feuer. Die dunklen Augen konnten so langsam und schauend blicken und um die blässen, schmalen Lippen konnte ein so weltentrücktes Lächeln träumen, daß sich etwas wie ein höherer Schimmer über das Gesicht legte, etwas von einer Heiligkeit, die eine große Sanderin gewesen war und deren dunkle Augen nun in Scherzant glänzten. In denselben dunklen Augen konnte aber auch ein verzehrendes Feuer brennen und mahlern; dann sah sie aus den Fin-

keln des schmalen, blässen Mundes — wie ein grazioses, schillerndes Sälsängeln — ein kaltes, graugames Lächeln hervor, und dann war es, als berausche sich die entzündete Phantastie eines Dämons an Blut und nächtlichem Verderben. Bald aber sah sie wieder ruhig und gelassen da und war nur die Schwarze aus der Fischergasse, die alle Welt kannte und die auf der Steinbank vor dem Haus etwas frische Luft schöpfen wollte.

Die fleische Farbe hatte die Schwarze aus der Großstadt mitgebracht. Es war eine feste Tradition in der Engelbrechtischen Familie, daß die Töchter nach der Konfirmation sofort nach Kiel gelendet wurden; solange sie noch völlig rabiat waren, wollte Frau Engelbrecht sie in der Fremde wissen. Erst wenn sie eine reifere Erfahrung und eine gewisse Solidität des Laifers erworben hatten, konnten sie wieder zurück, um dann ihre Operationen auf dem schwierigen Terrain einer kleinen Stadt zu beginnen. Die gelassene und etwas phlegmatische Marie war aus dem Leben der Großstadt so ferngegend zurückgekommen, wie sie nur je gewesen war. Die brennende Leidenschaft der Schwarzen aber hatte ihre Opfer gefordert. Sie hatte ihr die angeborene Küstentafel genommen und ihr jenes sehnsüchtige und verzehrende Ausschauen gegeben, von dem in der kleinen Stadt nur die wenigsten etwas wußten und verstanden. Ein anderer Umstand, den die Schwarze als ein eklittenes schweres Unrecht empfand, war dann noch hinzugekommen. Während die lange Marie die unmerkwürdlichen Kinder sozusagen spielend zur Welt gebracht hatte, war es fast gewesen, als habe sich der Schoß der Schwarzen gegen das Gebären gestäubt, und sie hatte sehr schwere Entbindungen durchmachen müssen. Dann waren die Kleinen allerdings bald gestorben, als hätte der Haß der Mutter ihnen die Lebensmöglichkeit genommen; aber der Schaden, den die Schwarze an ihrem Ausschauen genommen hatte, war damit ja nicht aus der Welt geschafft und so blieb ein dunkler Haß zurück, den auch die winzigen Kinderjähre nicht zu rühren vermochten. Wenn sie aber mit ihren stillen, sehnsüchtigen Augen so geräuschlos und diskret, ja fast bescheiden und demütig durch die Fischergasse glitt, sah ihr das niemand an. Während die lange Marie aus ihrem Herzen keine Mördergrube machte, wurde von all dem Kälselollen, das bei der Schwarzen im Hintergrund des Bewußtseins lag, nie etwas offenbar. Manche Frau hatte schon zu fränkeln begonnen, weil ein fremder Hand in ihre Stube gekommen war; daß sie aber unter dem Atem der bescheidenen und demütigen Schwarzen stand, ahnte sie nicht. Die Nächte der Schwarzen blieben ein unüberwindliches Geheimnis, das selbst von der sonst so frechen Marie mit einer Art von schauer Ehrfurcht respektiert wurde. (Fortsetzung folgt.)

Leute sind, die Arbeit zu bewerkstelligen. Bei der schweren Arbeit dürfte das kaum gelingen, zumal das angehäufte Müll schon drei Tage auf den Höfen lagert.

Zum Kampf in der Solinger Waffenindustrie. Die vom Oberbürgermeister Dicks vor einigen Tagen eingeleiteten Verständigungsversuche sind an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert. Die Unternehmer lehnen es ab, die bereits vor Ausbruch des Kampfes bestehenden Verträge, nach denen sie nur dann Arbeit nach auswärtig und zu tariflichen Preisen vergeben dürfen, wenn die Organisationen am Orte nicht genügend Arbeitskräfte vermitteln können, anzuerkennen. Die Waffenarbeiter beschloßen in ihrer letzten Versammlung einstimmig, den Kampf, der nun bereits 12 Wochen andauert, selbst dann weiter zu führen, wenn der Solinger Unternehmer-Verband zur Gesamtauflösung schreiten sollte. Außer den fünf Streikbrechern, die schon bei Beginn des Kampfes vorhanden waren, haben sich bisher trotz aller Bemühungen der Fabrikanten keine weiteren Arbeitswilligen gefunden.

Brauereiarbeiterstreik in Kassel. Die Herkulesbrauerei in Kassel, von der wie am Freitag meldeten, daß sie zur Ausführung der von den ständigen Arbeitern verweigerten überstundten 16 Hinge-Garbiten eingestellt hat, hat am Sonnabend morgen ihre sämtlichen Arbeiter ausgesperrt. Der Kampf wird nunmehr wahrscheinlich auf alle Brauereien in Kassel übertragen.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter. Von den diesjährigen Lohnbewegungen der Brauereiarbeiter ist eine der größeren beendet, und zwar die in Straßburg i. G. mit ca. 800 beteiligten Personen. Bis zum 1. April d. J. bestanden für die einzelnen Brauereien in Straßburg und Umgegend Einzelverträge mit unterschiedlichen Lohnverhältnissen. Im Oktober vorigen Jahres schlossen sich die Brauereien in Straßburg und Umgegend zu einem Verein zusammen zur gegenseitigen Unterstützung und Wahrung der Interessen bei Tarifabschlüssen. Damit kamen sie den Wünschen der Brauereiarbeiter insofern entgegen, als durch die Vereinsgründung die Grundlage zur Schaffung einheitlicher Verhältnisse gegeben war. So wie die Lohnbewegung ausgefallen ist, hat es sich der Syndikus der Brauereiervereinigung allerdings nicht gedacht; er wollte mehr auf der Basis einer Anzahl Verschlechterungen die unterschiedlichen Verhältnisse ausgleichen. Das wurde jedoch vereitelt und die Brauereiarbeiter haben durch den jetzigen Ortsrat gute Erfolge erzielt. Die Lohnhöhungen betragen während der vierjährigen Tarifdauer mindestens 3 Mk. pro Woche; einzelne Ausnahmen erhalten zum Ausgleich sogar bis 6 Mk. Lohnzulage sofort. Falls der Vertrag ein Jahr über die vereinbarte Dauer bestehen bleibt, erfolgt eine weitere Lohnzulage von 1 Mk. Die Arbeitszeit wurde verkürzt auf 9 1/2 Stunden im Winterhalbjahr; auf 9 1/4 und später auf 9 1/2 Stunden im Sommerhalbjahr; für Vierfahrer auf 10 bzw. 10 1/2 Stunden. Sonstige Verbesserungen vervollständigen das Ergebnis. Die Brauereiarbeiter in Straßburg i. G. sind so gut wie vollständig organisiert; dem Organisationsverhältnis entsprechen die Erfolge ihrer Lohnbewegung.

Preussische Reaktion in Bayern. Schon vor einiger Zeit konnten die im Fahrwasser der Reaktion schwimmenden Blätter melden, daß auch für Bayern die Unterstellung der freien Gewerkschaften unter das Vereinsgesetz — nach preussischem Muster — beschlossen worden sei. Diese Meldung wird jetzt durch die Tatsache bestätigt, daß das königliche Bezirksamt Neustadt dem dortigen Arbeiterturnverein die Aufnahme von schulpflichtigen Mitgliedern verboten hat mit der Begründung, daß der Turnverein dem Gewerkschaftscharakter angehöre, die Gewerkschaften aber politische Organisationen darstellen. Die Verfügung des königlichen Bezirksamtes ist nach vorheriger Unterbreitung der Angelegenheit an das Ministerium ergangen, so daß allgemein weitere Maßnahmen der Regierung gegen die freien Gewerkschaften bevorstehen. Damit befindet das Ministerium Hertling nur, daß es im ärgsten Sinne reaktionär ist.

Die Bewegung der Glaschner und Installateure in Baden ist noch nicht beendet. Es wurde berichtet, daß der Streik der Glaschner und Installateure in Karlsruhe, Freiburg, Konstanz und Singen beendet sei und die Streikenden dem Ergebnis der Verhandlung fast einstimmig zustimmten. Diese Meldung ist nicht richtig. Tatsache ist, daß Verhandlungen stattgefunden haben und daß die Verhandlungskommission beiden Parteien für die einzelnen Orte Vorschläge machten, die unter andern eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3-4 Pf. vorsehen und ab 1. April 1913 die 58stündige wöchentliche Arbeitszeit. In Karlsruhe und Freiburg wurden diese Vorschläge — jedoch nicht fast einstimmig — akzeptiert von den Arbeitern. Die Meister brachten nur eine sehr geringe Majorität für die Annahme auf. In Singen und Konstanz ist der Streik jedoch noch nicht beigelegt, da die Meister dort erneut wesentliche Gegenanschläge machten, denen die Arbeiter nicht zustimmen können. Auch in Freiburg haben die Meister, nachdem sie den Vorschlägen zugestimmt haben, noch eine Reihe Wünsche vorgetragen, die auch kaum auf Erfüllung hoffen dürfen. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Bewegung der Glaschner und Installateure in Baden beendet ist.

Zur Lage der Fehmarnbahnfrage

gehen uns von ihr naheliegender Seite folgende Auslassungen zu:

Die Fehmarnbahnfrage marschiert trotz alledem! Bei richtiger Würdigung der Verhältnisse kann hieran kein Zweifel bestehen.

Als im April 1913 im Preussischen Abgeordnetenhaus 3 holsteinische Abgeordnete in unermutetem Ansturm über den erst aus Licht getretenen Fehmarnbahn-Plan herfielen, um dem kaum Geborenen jogleich den Garaus zu machen, da zeigte sich das Abgeordnetenhaus diesem Ueberfall gegenüber noch gänzlich unvorbereitet; und vom Ministerialbüro beehrte man sich, jogleich den Totenschein über den vermeintlich Erschlagenen auszustellen.

Aber die Lebenskraft des Planes der Fehmarnbahn erwies sich als stärker! Rund 30 Handelstammern der Hanse-

städte und des deutschen Westens, darunter die ersten Kamern Deutschlands, ergriffen für das Opfer jenes Ueberfalls Partei. Sie erklärten in einer einstimmig gefaßten Resolution am 31. Oktober vor. Is. die Fehmarnbahn für eine verkehrswirtschaftliche Notwendigkeit von hervorragender Bedeutung.

Schon 14 Tage nach dieser Erklärung meldeten dann jedoch die Kieler Blätter hochherzigt, daß der Herr Eisenbahnminister im Auto die Abkürzungsstrecke Altona-Neumünster befohlen und den Auftrag zur sofortigen Herstellung von Vorarbeiten für diese Bahn erteilt habe. Bereits 4 Monate nach dieser Bestätigungsfahrt bringt das Eisenbahnministergeheiß die erste Rate für den Grunderwerb der auf 19 Millionen Mark veranschlagten Abkürzungsstrecke Altona-Neumünster, von der die Kieler Zeitungen und der Abgeordnete Waldstein (Altona) bezeichnenderweise übereinstimmend versichern, daß Holstein ohne die Fehmarnbahnagitation auf diese 12 Km. der alten Strecke abkürzende Bahn noch recht lange hätte warten müssen! Die Bahn wird begründet in der Hauptsache mit dem Verkehrsinteresse der Provinz. Aber bei Einbringung des Gesetzes wird doch schon angedeutet, daß es sich daneben zugleich um den ersten Akt der zu verbessernden Kiel-Korsör-Linie handeln soll.

Wieder springen bei der ersten Lesung des Eisenbahnministergesetzes 3 holsteinische Abgeordnete in die Schanze für angeblich schwer gefährdete Provinzialinteressen. Diesmal aber ist man besser gerüstet. Drei Abgeordnete aus dem Westen, der Zentrumsabgeordnete Dr. Brockmann (Düsseldorf) und die Nationalliberalen Hasenclever (Gelsenkirchen) und Fürbringer (Emden) legen in ausgezeichneter Weise die überragenden Vorteile der Fehmarnlinie dar, und vom Ministerialbüro überläßt man es dieses Mal — mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen mit Dänemark — in die Debatte einzugreifen. In der Budgetkommission lassen sich zwar die anwesenden fünf Zentrumsabgeordneten wider Erwarten noch für eine ungleichmäßige Behandlung der Kiel-Korsör- und der Fehmarn-Petitionen gewinnen. Aber der Beschluß der Budgetkommission, über die Fehmarnbahn zur Tagesordnung überzugehen, erweckt sofort den schärfsten Widerstand, umso mehr, als selbst die Budgetkommission in ihrem motivierten Beschluß sich der „Anerkennung der sonstigen Vorzüge“ der Fehmarnbahn nicht mehr verschließen kann und nur eine Zurückstellung „zurzeit“ für gerechtfertigt erachtet!

Nicht weniger als 55 Zentrumsabgeordnete finden sich unter Führung von Dr. Brockmann (Düsseldorf) in zwei Tagen zu einem von allen namentlich unterzeichneten Antrage auf „Materialüberweisung“ der Fehmarnbahn zusammen, und der gleiche Antrag wird von nationalliberaler Seite durch die Abgeordneten Hirsch (Essen), Fürbringer, Hasenclever und Genossen eingebracht. In der zweiten Lesung des Eisenbahnministergesetzes weist zwar der konservative Berichterstatter v. Quast ausdrücklich darauf hin, daß der Uebergang zur Tagesordnung über die Fehmarnbahn einem bedeutenden „Wunsche des Herrn Ministers“ entspricht und von 4 anderen Rednern, Freunden und Gegnern wird dies so ausdrücklich unterstrichen, daß der Minister jeder Darlegung hierüber überhoben wird. Der Beschluß des Ueberganges zur Tagesordnung erfolgt gleichwohl schließlich, wie von verschiedenen Blättern übereinstimmend gemeldet wird, beziehungsweise mit der winzigen Mehrheit von nur zwei oder drei Stimmen!

Führt man sich diesen Entwicklungsgang vor Augen, so wird man ohne weiteres verstehen, daß ein solcher Beschluß von den Anhängern der Fehmarnbahn unmöglich als ein Definitivum betrachtet werden kann. Man wird gleichzeitig aber auch das wachsende Bestreben begreifen, mit dem man in den Hansestädten und im ganzen Westen diese Art der Behandlung eines Verkehrsprojektes verfolgt hat, das sogar nach dem unzeitigen Eingeständnis der Gegner und des Eisenbahnministers selber die beste Lösung für die Beziehungen des Westens mit dem Norden darstellt. Ueberall wo das Fehmarnbahnprojekt Anhänger gefunden hat, ist man jedenfalls davon ohne weiteres überzeugt: Wenn die preussische Eisenbahnverwaltung den einmütigen Stimmen des deutschen Westens auch nur einen Bruchteil des Wohlwollens entgegengebracht hätte, dessen sich die holsteinischen Freunde der Kiel-Korsör-Linie von Anfang an zu erfreuen hatten, so würde die Fehmarnbahn im Abgeordnetenhaus überhaupt auf keinen ernstlichen Widerstand gestoßen sein.

Von sachlichen Erwägungen, die in der letzten Beratung des Preussischen Landtages gegen die Fehmarnbahnlinie geltend gemacht worden sind, interessieren heute, nachdem die Angelegenheit durch die beweiskräftigen Gutachten und Denkschriften des Fehmarnbahnkomitees ausgiebig geklärt worden sind, eigentlich nur noch zwei. Es sind zugleich die beiden Gründe, aus denen heraus die Budgetkommission nach Ausweis des dort angenommenen motivierten Antrages — wenn auch nur „zurzeit“ — über die Fehmarnbahn-Petition zur Tagesordnung überzugehen beschloßen hat.

Zunächst die Baukosten! 57 Millionen Mark sollen nach den leider unwiderprochen gebliebenen Ausführungen verschiedener Abgeordneter die Baukosten für den deutschen Anteil der Fehmarnbahn betragen. Diese ungeheuerliche Zahl wälzte sich am 16. Mai durch die ganze Debatte des Abgeordnetenhauses.

Selbst wenn sie stimmte, so ließe sich sagen: Ein Staat der im Eisenbahnministergesetz 1913 512 Millionen Mark und im diesjährigen Eisenbahnministergesetz 506 Millionen Mark gefordert hat, kann schließlich durch die Ausbringung von 57 Millionen Mark in allmählichen Raten in seiner Finanzlage nicht erschüttert werden; zumal wenn man berücksichtigt, welche gewaltigen Vorteile die Fehmarnbahn für den internationalen Verkehr im Gefolge hat.

Aber jene Zahl von 57 Millionen Mark ist durchaus irreführend. Die Baukosten der Fehmarnbahn-Komitees, zwei hervorragende hohe Baubeamte mit jahrzehntelanger reicher amtlicher Praxis im Eisenbahn- und Wasserbau, sind bekanntlich zu einem wesentlichen anderen Ergebnis gelangt. In ihrem nach den neuesten Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium z. T. berichtigten detaillierten Kostenschätzungen haben sie die Baukosten für die im Oberbau zunächst eingeleitete, aber auf den späteren zweigleisigen Ausbau schon vorbereitete Bahn mit Fährhafen und Fährschiffen bei Annahme einer Ueberbrückung des Fehmarnlandes auf höchstens 26 Millionen Mark beziffert. Vom Minister ist in der Budgetkommission unter gleichen Voraus-

setzungen, aber bei offenbar überaus zahlreicher Bauausstattung, die Baukosten auf 33,2 Millionen Mark bemessen worden. Selbst wenn man diese höhere Ziffer annehmen wollte, so bliebe also immer noch die Kleinigkeit von 24 Millionen Mark übrig, die der Aufklärung bedarf.

Diese Differenz erklärt sich nach den ministeriellen Darlegungen in der Budgetkommission zunächst dadurch, daß man 7,3 Millionen Mark für eine von vornherein zweigleisige Ausführung eingestellt hat, die man bekanntlich überall sonst unter gleichen Verhältnissen (z. B. bei der Warnemünder und bei der Sahnitz-Linie, auch bei den nordländischen Bahnen) erst dann in Angriff genommen hat, wenn der allmählich wachsende Verkehr eine solche Anlage notwendig machte. Sie erklärt sich ferner dadurch, daß man den Erwerb der Kreis-Odenburger-Nebenbahn mit 4 Millionen Mark eingestellt hat, obwohl diese Bahn sich schon heute ungefähr verzinst. Sie beruht sodann darauf, daß man für Betriebsmittel 2,5 Millionen Mark eingestellt hat, obgleich sonst beim Bau von Neben- und Hauptbahnen von der Bahnverwaltung in der Regel die Betriebsmittel nicht mit veranschlagt, sondern aus dem allgemeinen Betriebsmittelfonds bestritten zu werden pflegen. Endlich erklärt sich jene Differenz dadurch, daß man freigebig der Stadt Kiel im Voraus eine besondere 50 Kilometer lange direkte neue Zuführungsbahn Kiel-Odenburg bewilligen zu müssen glaubt. Dies ist um so überraschender, als Kiel auf der nur 33 Km. längeren evtl. zum Teil zu verbessernden Bahn Kiel-Eutin-Neustadt rund 25 Minuten länger zu fahren braucht, als auf jener Abkürzungsstrecke. Den Kielern wird man also diesen Umweg sehr wohl zumuten können, besonders wenn man berücksichtigt, daß während 6 Wintermonaten (einschließlich des Durchgangsverkehrs) über Kiel nur 15,7 Passagiere pro Schiff oder Zug nach oder von Kopenhagen fahren. So sehr man den Kielern trotz dieses minimalen Verkehrs eine solche Verbindung an sich gönnen möchte, so wenig kann es jedenfalls in Frage kommen, das Baukonto der Fehmarnbahn mit diesen Kosten zu belasten.

Berücksichtigt man dies, so liegt es auf der Hand, daß von den Rednern, welche ohne die vom Minister in der Kommission selbst gegebene Detaillierung die Zahl von 57 Millionen genannt und ihr die von der Komitee-Sachverständigen ermittelte Baukostensumme von 26 Millionen Mark gegenübergestellt haben, mit jenem Gespenst der großen Zahl doch ein recht bedauerlicher Mißbrauch getrieben worden ist.

Vor allem wird man mit einem Urteil über die für die Fehmarnbahn praktische erforderliche Baukosten doch jedenfalls solange zurückhalten müssen, bis die Baukosten sowie die jährlichen Zuschüsse und Abschreibungen für die Kiel-Korsör-Linie feststehen. Stellt man diese Kosten in Rechnung, so wird die Ausbringung der dann noch verbleibenden Differenz ganz gewiß zu rechtfertigen sein, um mit ihr die gewaltigen Vorteile zu erkauften, welche die Weltroute über Fehmarn gegenüber der verbesserten Lokalverbindung Hamburg-Kiel-Kopenhagen voraus hat.

Dazu kommt, daß selbst die wärmsten Freunde der Kieler Linie in der Kiel-Korsör-Route nur einen Zwischenschritt erblicken. Daß die Fehmarnlinie „später einmal kommen wird, ist den meisten von uns klar“, sagte selbst der Berichterstatter zur Strecke Altona-Neumünster, der konservative Abgeordnete v. Quast. Ein solches Zwischenstadium scheint uns aber doch bei Berücksichtigung der erforderlichen Baumillionen und der ebenso bedenklichen jährlichen Zuschüsse und Abschreibungen für die Kiel-Korsör-Linie derart kostspielig, daß das Abgeordnetenhaus nach näherer Prüfung dieses eigenartigen Verkehrsprojektes wohl bald zu einer anderen Auffassung kommen wird, als man sie namentlich von beteiligter holsteinischer Seite dem Hause gern aufdrängen möchte.

Berechtigte Zweifel an einer so sorglosen Bewilligungsfreudigkeit sind besonders auch deshalb am Platz, weil nach Beendigung jenes Zwischenstücks die Klagen über schwere Schädigungen des bestehenden Verkehrs durch die kommende Fehmarnbahn ja keineswegs verstummen, sondern zweifellos mit verstärkter Kraft neu ertönen werden. Damit kommen wir zu dem zweiten Bedenken der Budgetkommission, welches in den Plenardebatten einen so breiten Raum eingenommen hat. Berichtigte sich doch der holsteinische Abgeordnete Graf Moltke zu dem geradezu lapidaren Grundsatze, daß man „nicht nur keinen Anlaß habe, sondern direkt dem abgeneigt sein müsse, irgendetwas der Interessen eines Bundesstaates, soweit sie sich auf die Verkehrs-entwicklung beziehen, zu schädigen.“ Welche Fülle verkehrspolitischer Weisheit leuchtet aus diesem Satz! In die Praxis umgesetzt, würde er den absoluten Ausschluß jedes Verkehrsprojektes bedeuten! Ist es nicht beschämend, daß solche Gesichtspunkte für die Beurteilung einer Weltroute wie die Fehmarnbahn als maßgebend angesehen werden können?

Um was handelt es sich denn in Wirklichkeit? Ein anderer freikonservativer Redner, Brütt, hat es ja näher ausgeführt: Der Linie Hamburg-Wamdrup soll durch die Fehmarnbahn das „Markt entzogen“ werden. Es wäre zum Gruseln, wenn nicht derselbe Redner vorher ausdrücklich festgestellt hätte, daß von den 127 000 Passagieren der Wamdruper Linie ganze 9300 Passagiere aus Hamburg und dem Westen kommen, also nur ganze 7 1/2 %! „Hierin liegt die schwere Sorge, die man in Schleswig-Holstein hegt gegenüber der Fehmarnlinie“, sagte Brütt wörtlich, und der holsteinische Abgeordnete Hoff bezeichnete diese Auslassung als durchaus zutreffend. Jeder Laie muß dem gegenüber doch einsehen, daß durch Wegfall jenes geringfügigen Bruchteils von durchreisenden Passagieren die Fahrpläneverhältnisse der Wamdruper Linie, zumal der Personenverkehr ständig steigt, nicht im geringsten beeinträchtigt werden können. Ferner wird die schwere Schädigung Kieles ins Treffen geführt. 25 000 Reisende sollen heute, gleichfalls nach amtlichen Ermittlungen, aus Hamburg und dem Westen über Kiel nach Kopenhagen fahren. Nimmt man selbst an, daß die Hälfte dieser Reisenden in Kiel Station macht und dort — gewiß nicht zu niedrig gegriffen — 15 Mk. pro Person in Kiel konsumiert, so ergibt dies erst einen Jahresumsatz von 188 000 Mark. Das ist bei einem angenommenen Nutzen von etwa 25 % ein Jahresnutzen von rund 47 000 Mk., der der gesamten Geschäftswelt einer über 200 000 Einwohner zählenden Stadt außerordentlich im Jahre entgehen könnte, vorausgesetzt, daß nicht auch in Zukunft ein größerer oder geringerer Teil dieser Reisenden den Reichsriegshafen Kiel mitnimmt, um dann auf dem bequemsten Wege über Kiel oder

KNORR

Als Krankenkost und Kinderernährung rühmt man seit 40 Jahren

Knorr-Hafermehl.

Das Paket kostet nur 30 Pfg.

Köpenhagen nach Kopenhagen weiter zu fahren.

Wagerechte so geringfügiger Ziffern müssen sich die beteiligten Kreise der Provinz Schleswig-Holstein doch wirklich in Widerstande künstlich sehr bekräftigt fühlen, wenn sie...

Wenn schließlich in diesem Zusammenhange auch die „bundesfreundlichen Rücksichten“ auf Mecklenburg ins Feld geführt worden sind, so muß es als ein befremdlicher Mangel an Rücksichtnahme bezeichnet werden, daß man solche Rücksichten nicht auch den Hansestädten schuldig zu sein glaubt.

Jene Behandlungsweise wäre allenfalls noch verständlich, wenn es sich hier wie in Kiel und in einigen hollsteinischen Kreisen um Sonderinteressen der Hansestädte handelte. Bekanntlich ist aber das Gegenteil der Fall.

Mit vollem Recht hat bei dieser Lage der Sache der nationalliberale Abgeordnete Hürbinger im Abgeordnetenhaus — ebenso wie schon kürzlich in einem Zeitungsartikel der freisinnige Reichstagsabgeordnete Hecker — betont, daß es sich hier keineswegs um eine Reklamation der Provinz Schleswig-Holstein handelt, sondern daß darüber hinaus neben dem preussischen Handelsminister vor allem auch die Jahangelen des Reichs, namentlich das Reichsamt des Innern und das Auswärtige Amt beteiligt sind.

Schließlich ist im Preussischen Abgeordnetenhaus bisher nur eine Prüfung der Bundesverpflichtung der Kiel-Korsör-Rente. In der ganzen deutschen Presse wird man wie in den Hansestädten fordern müssen, daß bei dieser Prüfung die hier behandelten Bundesverpflichtungen eine erhöhte Beachtung finden als es bisher bisher geschehen ist.

Verpflichtung der eingangs geschätzten Verhältnisse im Preussischen Abgeordnetenhaus eine bindende Entscheidung nicht gefallen. Gelangt man, wie kaum zu bezweifeln, bei eingehender Prüfung der Kiel-Korsör-Rente zu einer Ablehnung des durchaus unwirtschaftlichen Ausbaus dieser Rente, so wird man von selbst auf die Fehmarnbahn zurückkommen müssen.

„Gebaut wird sie doch!“

Soziales.

Regulierung der Fleischpreise. Im Regierungsbezirk Köln werden eigenartige Versuche unternommen, von Amts wegen auf die Höhe der Fleischpreise einzuwirken.

Bei der Wahl der Beisitzer für das Versicherungsamt Elberfeld wurden für die Liste der freien Gewerkschaften 28 876 Stimmen abgegeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärische Erziehungsmethode. Der Sergeant Herrmann vom Artillerieregiment Nr. 7 trat während einer Übung von hinten an den Rekruten Baumann heran und rief ihn mit dem Knie derart in den Rücken, daß der Mann vornüber auf die Erde fiel und mit dem Ellenbogen aufstieß.

Aus Nah und Fern.

Einbruch in eine katholische Kirche. Als die Beamten der katholischen Kirche in Oberschöneweide bei Berlin Sonntag morgen zur Frühmesse das Gotteshaus betraten, fanden sie ein wildes Ärgernis vor.

Ein Dieb erschlagen. Aus Dortmund wird berichtet: Bei dem Gewitter am Samstag schlug der Blitz in dem benachbarten Schüren in einen Neubau mitten in eine Gruppe Arbeiter, die vor dem Regen in den Keller geschütert waren.

Selbstmord durch eine Dynamitpatrone. Auf entsetzliche Weise verübte der 48jährige Bergarbeiter Richard Otto in Obergruna bei Nossen Selbstmord.

Familien-drama. Sonnabend Nacht sprang eine unbekante Frau mit ihren zehn- und sechsjährigen Mädchen in die Oker. (Braunschweig.) Die Frau und das jüngere Kind waren aufammengebunden.

Deutsch-französischer Zwischenfall. Die Polizei in Köln hat den französischen Fluggang-Industriellen Bayard unter dem Verdacht der Spionage verhaftet und ihn 30 Stunden in Haft gehalten.

7 Kinder verbrannt. In der Ortschaft Borochwitz unweit Petersburg brach im Dachraum eines Holzhauses Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit auf das zweite Stockwerk ausdehnte.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 11 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Polizeiknüttel als Erzähler. Von W. Söhlmann. — Erlösung. Die Geschichte einer proletarischen Jugend. Von Fritz Sepp.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Anfrage an die Behörde für Travemünde.

Zu möchte mir an die Behörde für Travemünde die Anfrage erlauben, ob die Sprengwagen nur für die Badegäste da sind? Wenn das nicht der Fall sein sollte, möchte ich erfragen, ob die Sprengwagen nicht nur dort fahren zu lassen, wo Leute wohnen, die einen großen Geldbeutel haben, sondern auch in der Dorfstraße.

Literarisches.

Eulih' Verkehrsarten sind in fünf Farben hergestellt und enthalten sämtliche Eisenbahnen, Stationen, Landstraßen, selbst auch kleinere Ortschaften und Dörfer. Trotzdem ist die größte Uebersichtlichkeit gewahrt, so daß eine Orientierung auf den ersten Blick möglich ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwart, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die... und... Dank... F. Gierz und Frau.

Dankagung. Für die so überaus große herzliche Teilnahme und reichen Spenden beim Beimgange meines lieben unerschrockenen Mannes, unseres guten Vaters...

Marie Karrasch, geb. Boy und Kinder. Gest. 1. Juli eine Tisch- oder Drei-Kammer-Wohnung. Preis 1200 Mk. Junger Mann oder älterer Herr, Anseh. unter N. A. 13 an die Exped. d. Bl.

Verband der... Zahlstelle Lübeck und Umgegend.

Ausflug mit... am Sonntag, dem 7. Juni 1914.

Abfahrt von Lübeck mittags 1 Uhr 31 Minuten. Rückfahrt abends. Nach Ankunft in Mölln: Umzug mit Musik durch den Wald und nachfolgendem Ball. Preis der Karte für Hin- und Rückfahrt sowie zur Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen für erwachsene Personen 1,80 Mk., für Kinder halbpfeilmäßiges Fahrgeld.

Konzerthaus Fünthausen. Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen. Morgen Mittwoch: Großes Tanzkränzchen.

Zur Naturfreunde Sonntage eines Großstädtlers in der Natur Von Kurt Groffewik Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche sowie einem Porträt des Verfassers Vierte Auflage Ein treuer Begleiter bei den sonntäglichen Wanderungen :: Von der Presse lobend besprochen Preis gut gebunden 1 Mark Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46